

ONLINE-PUBLIKATION

Boris Kanzleiter

Globale Solidarität

Für einen Internationalismus der Zukunft

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

BORIS KANZLEITER ist Direktor des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZiD) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 2/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: April 2020

Redaktion: Loren Balhorn

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

INHALT

Einleitung	4
1 Kapitalistische Vielfachkrise: die Welt am Abgrund	5
2 Für eine Politik der «globalen Solidarität»	7
3 Strategische Ansätze für einen Internationalismus der Zukunft	9
3.1 Für einen transformativen und sozialistischen Green New Deal	10
3.2 Friedenspolitik, neuer Multilateralismus und Dekolonisierung	12
3.3 Solidarische Weltwirtschaftsbeziehungen und globale Gerechtigkeit	14
3.4 Ernährungssouveränität	15
3.5 Kontrolle, Regulierung und Sozialisierung von transnationalen Konzernen	17
3.6 Kämpfe um globale soziale Rechte und Arbeitsrechte	17
3.7 Transnationale feministische Bewegung	18
3.8 Rechte von Migrant*innen und solidarische Städte	19
4 Schaffen wir zwei, drei, viele neue Internationalen: Stärkung der transnationalen Organisation der Linken	22

Globale Solidarität für einen Internationalismus der Zukunft¹

Einleitung

In den weltweiten Diskussionen der Linken wird der Ruf nach einem «neuen Internationalismus» lauter. Bernie Sanders fordert im britischen *Guardian* die Gründung einer «internationalen progressiven Bewegung».² Es müsse darum gehen, der «internationalen autoritären Achse» ein politisches Projekt entgegenzustellen, das für eine «Vision des geteilten Wohlstandes, der Sicherheit und Würde aller Völker» steht. Diese Bewegung müsse die «bestehende massive globale Ungleichheit, nicht nur in Bezug auf Reichtum, sondern auch in Bezug auf politische Macht» adressieren.³ Ähnlich argumentieren Akteur*innen eines breiten linken Spektrums: von der britischen Labour Party, den neuen feministischen Bewegungen über die Gewerkschaftsbewegung, die Klimagerechtigkeitsbewegung bis hin zu Intellektuellen aus dem globalen Süden. So veröffentlichte etwa der ägyptische Theoretiker und Gründer des Third World Forum, Samir Amin, kurz vor seinem Tod im Sommer 2018 einen Aufruf zur Gründung einer «5th International of workers and peoples».⁴

Angesichts der globalen Krise des Kapitalismus und ihrer Zuspitzung durch die aktuelle Corona-Pandemie scheint die Diskussion über einen «neuen Internationalismus» und eine internationale Vernetzung der gesellschaftlichen und politischen Linken notwendiger denn je. Ein Postulat dieses Textes ist, dass angesichts des globalen Charakters der Vielfachkrise jede dem aktuellen Kontext angemessene Strategiediskussion der Linken notwendigerweise mit einer globalen Problemanalyse und einer internationalistischen Perspektive verbunden sein muss. Es kann keine rein nationalstaatsfixierte Politik der Linken geben, auch wenn in Reaktion auf die Krisensymptome nationalstaatsorientierte Ansätze wieder populärer werden. Gleichzeitig darf sich die Forderung nach einem «neuen Internationalismus» nicht auf Appelle und Rituale, die die oft vergessene, beeindruckende Vergangenheit des Internationalismus der Linken in Erinnerung rufen, beschränken. Ein Blick in die Geschichte zeigt vielmehr, dass jede Phase der kapitalistischen Entwicklung auch eigene internationalistische Praxen der Linken hervorgebracht hat, die auf konkrete Herausforderungen reagiert haben. Wenn von einem «neuen Internationalismus» die Rede ist, muss es also in erster Linie darum gehen, vor dem Hintergrund des sich gegenwärtig schnell wandelnden politischen Kontextes konkrete Strategien und Praxen für den Kampf für linke gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln und zu stärken.

Dieser Text unternimmt den Versuch, einige mögliche Ausgangspunkte für einen «Internationalismus der Zukunft» zu formulieren. Im ersten Abschnitt wird der globale politische Kontext der «kapitalistischen Vielfachkrise» in seinen verschiedenen Dimensionen beschrieben. Im zweiten Abschnitt wird der Begriff «globale Solidarität» als eine mögliche emanzipatorische Antwort auf die Krise entwickelt. Daran anschließend werden im dritten Abschnitt acht strategische Ansätze und Zielsetzungen für einen Internationalismus der Zukunft skizziert. Dabei handelt es sich (1.) um einen transformativen und sozialistischen Green New Deal als konkreten Politikentwurf für den notwendigen sozial-ökologischen Systemwandel und die Entwicklung einer sozialen Infrastruktur in gesellschaftlichen Kernbereichen wie Gesundheit, Bildung und Wohnen, (2.) um Friedenspolitik, einen neuen Multilateralismus und Dekolonialisierung als andauernde Herausforderungen für eine internationale Politik der Linken, (3.) um solidarische Wirtschaftsbeziehungen und globale Gerechtigkeit, (4.) um Kämpfe für Ernährungssouveränität, (5.) um die Kontrolle, Regulierung und letztlich Sozialisierung von transnationalen Konzernen, (6.) um Kämpfe für globale soziale Rechte und Arbeitsrechte als wichtiges Terrain transnationaler Kampagnen und Vernetzung, (7.) um die transnationale feministische Bewegung sowie (8.) die Rechte von Migrant*innen und um solidarische Städte. Zum Abschluss des Textes werden einige Überlegungen zur Stärkung der transnationalen Organisation der Linken vorgestellt.

1 Ich möchte meinen Kolleg*innen Loren Balhorn, Mario Candeias, Benjamin Luig, Gabriele Kickut, Stefanie Kron, Ingar Solty, Andrea Peschel und Alex Wischnewski für Hinweise danken, die den Text bereichert haben. Der Abschnitt zu Ernährungssouveränität basiert auf einem Beitrag von Benjamin Luig in: Brunner, Jan/Dobelmann, Anna/Prause, Lousia (Hrsg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte. Ein kritisches Handbuch, Bielefeld 2019, S. 58–64. Der Abschnitt zu Rechten von Migrant*innen und Solidarischen Städten ist eine leicht veränderte und aktualisierte Überarbeitung des Artikels «Migration und globale Solidarität in der Stadt» von Stefanie Kron, Wenke Christoph und Henrik Lebuhn vom 10.2.2020, unter: www.rosalux.de/news/id/41606/migration-und-globale-solidaritaet-in-der-stadt/. Den Abschnitt zur transnationalen feministischen Bewegung hat im Wesentlichen Alex Wischnewski formuliert.

2 Vgl. Sanders, Bernie: A new authoritarian axis demands an international progressive front, in: *The Guardian*, 13.9.2018, unter: www.theguardian.com/commentisfree/ng-interactive/2018/sep/13/bernie-sanders-international-progressive-front.

3 Ebd.

4 Vgl. Amir, Samin: It is imperative to construct a 5th International of workers and peoples, in: *Defend Democracy Press*, 29.7.2017, unter: www.defenddemocracy.press/it-is-imperative-to-reconstruct-the-internationale-of-workers-and-peoples-by-samir-amin/.

Die Diskussion über einen Internationalismus der Zukunft muss notwendigerweise plural und kontrovers sein. Die Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Interessen, die durch ein breites Spektrum linker Akteure in einem globalen Kontext artikuliert werden, sind enorm. Sie sollten nicht als Problem, sondern als Stärke wahrgenommen werden. Tatsächlich muss es sogar darum gehen, insbesondere den häufig überhörten Stimmen Raum zu geben. Die absehbaren dramatischen politischen Umbrüche infolge der Corona-Krise werden eine offene Diskussion noch wichtiger machen.

Die Perspektive dieses Textes ist geprägt durch die Arbeit im Auslandsbereich der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Stiftung ist eine Institution der politischen Bildung, die der Partei DIE LINKE in der Bundesrepublik Deutschland nahesteht und ein weltweites Netzwerk mit 25 Regionalbüros unterhält, die mit vielen unterschiedlichen linken Akteuren zusammenarbeiten. Auf diese Weise unterstützt die Stiftung soziale Bewegungen, zivilgesellschaftliche Gruppen, transnationale Netzwerke und linke politische Parteien.

1 KAPITALISTISCHE VIELFACHKRISE: DIE WELT AM ABGRUND

In der Analyse der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 wurde von kritischen Sozialwissenschaftler*innen der Begriff der «Vielfachkrise» oder der «multiplen Krise» geprägt. Mit diesem Begriff sollte die «historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus» beschrieben werden.⁵ Vier Krisenkomplexe wurden dabei betrachtet: (1) die Krise der finanzdominierten Akkumulation, (2) die sozial-ökologische Krise, (3) die Dauerkrisen der Reproduktion sowie (4) die Krise der parlamentarischen Demokratie. «Die derzeitige Krisenkonstellation ist innerhalb der Kräfteverhältnisse des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus zu verorten, sie kann als eine Zuspitzung von Widersprüchen der globalen Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus analysiert werden», schrieben Pauline Bader, Florian Becker, Alex Demirović und Julia Dück 2011 in ihrem Buch «VielfachKrise».⁶ Zehn Jahre später können wir eine dramatische Beschleunigung und Vertiefung der Krisenkomplexe konstatieren und ihnen mit der Krise der Weltordnung und der Eskalation militärischer Konflikte eine fünfte Dimension hinzufügen.⁷

(1) Die Weltwirtschaft befindet sich nach der vorübergehenden Stabilisierung der vergangenen Jahre in einem erneuten Abschwung. Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD) warnte bereits im Herbst 2019 vor einer «globalen Rezession».⁸ Mit der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 droht nun eine globale Depression. Die Krise in den nördlichen Industrieländern wird dabei von einem generellen Abschwung auch im Süden begleitet. Ein strukturelles Problem sind die bereits seit Jahren steigenden Schuldenstände in vielen Ländern. Die Corona-Krise wird diese voraussichtlich explodieren lassen. Dazu kommen Unsicherheiten aufgrund von Handelskriegen, Turbulenzen an den Finanzmärkten, politische Krisen, der Brexit und der Außerkraftsetzung multilateraler Mechanismen. Die drohende Depression macht einmal mehr den strukturellen Charakter der Krise des globalen kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystems deutlich. Ein koordinierter Korporatismus zur Abfederung der Krise ist immer weniger denkbar. Denn im Zuge der neoliberalen Globalisierung haben nationalstaatliche Regierungen Souveränitätsrechte auf demokratisch nicht oder weniger rechenschaftspflichtige Formen von transnationaler Staatlichkeit übertragen, wie sie sich beispielsweise im Fiskalpakt der Europäischen Union (EU), aber auch in Investitionsschutzabkommen ausdrücken. Gleichzeitig hat die Liberalisierung der Finanzmärkte zu einem *race to the bottom* der Nationalstaaten in Bezug auf die Steuergesetzgebung und die Garantie von Sozial- und Arbeitsrechten geführt. Dadurch wird der Handlungsspielraum für progressive Regierungen vor allem in den Ländern der Peripherie, aber auch in den Industrieländern, auf die Krise zu reagieren, deutlich eingeschränkt. Es ist zu befürchten, dass sich dieser Trend weiter verschärfen wird.

(2) Auch die sozial-ökologische Krise hat sich in den beiden letzten Jahrzehnten bedrohlich zugespitzt. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) stellt in seinen aktuellen Berichten fest, dass der Klimawandel wesentlich schneller voranschreitet als bisher befürchtet. Die Erwärmung der Meere, der Anstieg des Meeresspiegels durch das Abschmelzen von Eisflächen, Versteppung und Verwüstung können nicht mehr aufgehalten, sondern höchstens begrenzt werden. Der Klimawandel ist dabei

5 Vgl. Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia: Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus, in: dies. (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011, S. 11–28, hier S. 13.

6 Ebd.

7 Zu den Dimensionen der Krise siehe Solty, Ingar: Die Welt von morgen – Szenarien unserer Zukunft zwischen Katastrophe und Hoffnung, in: LuXemburg 3/2019, S. 36–45, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-welt-von-morgen-szenarien-unserer-zukunft-zwischen-katastrophe-und-hoffnung/.

8 Vgl. Elliott, Larry: Global recession a serious danger in 2020, says UN, in: The Guardian, 15.9.2019, unter: www.theguardian.com/business/2019/sep/25/global-recession-a-serious-danger-in-2020-says-un.

nur der offensichtlichste Ausdruck der existenzbedrohenden Zerstörung der weltweiten Ökosysteme. Die drastische Vernichtung von Biodiversität und das sich beschleunigende Artensterben sind weitere. Die eher konservativen Prognosen des IPCC zeigen die Dramatik der globalen ökologischen Krise: Um die Klimaerwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten, müssten die weltweiten Kohlendioxidemissionen in nur zehn Jahren bis 2030 um die Hälfte reduziert werden. Bis 2050 müssten sie auf «netto null» gesenkt werden. Das bedeutet, dass alle weiterhin bestehenden Kohlendioxidemissionen durch Maßnahmen zur Kohlendioxidabsorption in derselben Größenordnung ausgeglichen werden müssten. Nur unter diesen Bedingungen könnten die Folgen des Klimawandels einigermaßen erträglich gehalten werden. Ein Versagen wird dagegen zur weitreichenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen mit katastrophalen gesellschaftlichen und politischen Folgen führen. Der IPCC fordert eine sofortige Umstellung der Energie- und Nahrungsmittelproduktion, des Transports und der Bauweisen – und das weltweit und in großem Maßstab.⁹

(3) Die Austeritätsdiktate, Privatisierungen und die fortschreitende Polarisierung der Reichtumsverteilung haben in vielen Ländern zu einer weiteren Zuspitzung der Krise der sozialen Reproduktion geführt. Selbst in den nördlichen Industrieländern sind mittlerweile elementare Grundrechte wie das Recht auf Wohnen, Gesundheit oder Bildung für signifikante Bevölkerungsgruppen nicht mehr gewährleistet. Die aktuelle Corona-Krise zeigt dies in dramatischer Weise. Die ökologische Krise verstärkt die der Reproduktion: In globaler Perspektive sind wir unter anderem aufgrund extremer Wetterereignisse, gewalttätiger Konflikte und wirtschaftlicher Krisen mit einer chronischen Ernährungskrise konfrontiert. Millionen von Menschen sind aufgrund von Umweltschäden und der Abwesenheit einer tragfähigen sozialen Infrastruktur zur Flucht gezwungen. Die Krise der Reproduktion betrifft vor allem Frauen weltweit, da sie noch immer für den allergrößten Anteil der Sorgetätigkeiten verantwortlich sind.¹⁰ Die Krise der sozialen Reproduktion führt in den westlichen Industriestaaten zunehmend auch zu einer Krise des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaften.

(4) Gleichzeitig erleben wir seit einigen Jahren eine weltweite Krise der Demokratie und die Ausbreitung autoritärer Regierungs- und Herrschaftsformen. Der Sieg des Rechtsaußenkandidaten Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen 2016 in den USA war ein weltweites Signal. In der EU hat sich ein «Teufelskreis» aus einer durch autoritären Konstitutionalismus durchgesetzten Austeritätspolitik, dem Legitimitätsverlust politischer Akteure und dem Aufstieg autoritär populistischer Kräfte entwickelt. In vielen europäischen Ländern sind rechtspopulistische Bewegungen mittlerweile so stark, dass sie an Regierungen beteiligt werden oder sie diese sogar selbst stellen können. Eine neu erstarkte Rechte greift in Lateinamerika die Demokratisierungsprozesse und sozialen Fortschritte an, die in den vergangenen Jahrzehnten durch Basisbewegungen und linke Regierungen erkämpft wurden. Der «Arabische Frühling» von 2011 endete in Bürgerkriegen, der Restauration der Herrschaft der Elite oder des Militärs. In Indien, auf den Philippinen oder in Thailand – auch in Asien werden autoritäre und teilweise extrem nationalistische Kräfte stärker. Kurz: Die Emanzipationsschübe in den nördlichen Industriestaaten nach 1968, die Demokratisierungsfortschritte in den postsozialistischen Ländern nach 1989, die Überwindung der Diktaturen in Lateinamerika in den 1980er Jahren und die progressiven konstitutionellen Prozesse der lateinamerikanischen Linksregierungen – das alles steht in unterschiedlicher Art und Weise zur Disposition.¹¹ Und auch Teile der westlichen Eliten selbst scheinen das Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie zunehmend zu verlieren. Die weltweite Ausbreitung des Autoritarismus und der Rechten geht mit Angriffen auf die Selbstbestimmungsrechte von Frauen, LGBTIQ* sowie ethnischen Minderheiten und Migrant*innen einher. Es ist zu befürchten, dass dieser Trend zu Autoritarismus durch den Umgang mit der Corona-Krise weiter verschärft wird. Die Instrumente der Bewegungskontrolle, Grenzabschottung und des Ausnahmezustands, die derzeit eingesetzt werden, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, werden in absehbarer Zeit in das Repertoire staatlicher Machtausübung aufgenommen werden.

(5) Neben diese vier Krisenkomplexe tritt zunehmend auch eine Krise der internationalen Beziehungen, die durch eine strukturelle Verschiebung der weltweiten geopolitischen Machtverhältnisse ausgelöst worden ist. Die USA und die Staaten der Europäischen Union konnten sich nach 1989 zwar kurzzeitig als Gewinner der Systemkonfrontation feiern. Seitdem verlieren sie aber an wirtschaftlichem und geopolitischem Gewicht. Industrieproduktion und zunehmend auch Technologieproduktion werden in aufstrebende Länder im globalen Süden – vor allem nach Asien – verlegt. Die Volksrepublik China ist aufgrund ihrer erfolgreichen staatsinterventionistischen Politik zu einer bedeutenden hochtechnologisierten Industriemacht aufgestiegen, die zunehmend an politischem und militärischem Einfluss gewinnt. Um die dominante Stellung der USA zu erhalten,

9 Vgl. Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Global Warming of 1.5°C, an IPCC special report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, 8.10.2018, unter: www.ipcc.ch/2018/10/08/summary-for-policymakers-of-ipcc-special-report-on-global-warming-of-1-5c-approved-by-governments/.

10 Wischnewski, Alex: Die Krise hat ein Geschlecht, o. J., unter: www.rosalux.de/publikation/id/39999/die-krise-hat-ein-geschlecht/.

11 Vgl. Schaffar, Wolfram: Die Globalisierung des Autoritarismus. Aspekte der weltweiten Krise der Demokratie, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studie 6/2019, Berlin 2019, unter: www.rosalux.de/publikation/id/40874/globalisierung-des-autoritarismus/.

setzt das Trump-Regime auf militärische Aufrüstung sowie auf einen autoritär-imperialen Neoliberalismus, der durch handelspolitischen Protektionismus und eine unilaterale Politik in den internationalen Beziehungen gekennzeichnet ist.¹² Die USA werden damit zu einer wachsenden Bedrohung für den Weltfrieden. Die Volksrepublik China wird in Washington D. C. als neuer militärischer Feind betrachtet. Das Atlantikbündnis (North Atlantic Treaty Organization, NATO) baut im Kontext des Konfliktes in der Ukraine eine militärische Drohkulisse gegenüber Russland auf. Die Spannungen zwischen der NATO und Russland haben das Potenzial, militärisch zu eskalieren. Die Gefahr des Einsatzes atomarer Waffen ist dabei heute nach Einschätzung zahlreicher Sicherheitsexpert*innen größer als während des Kalten Krieges. Dazu trägt die Kündigung des «Vertrags über nukleare Abrüstung im Mittelstreckenbereich» («Intermediate Range Nuclear Forces Treaty», INF-Vertrag) mit Russland im Frühjahr 2019 bei. Die USA verschärfen durch ihre Unterstützung von Saudi-Arabien die militärischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und bedrohen den Iran. Russland unterstützt dagegen den Iran und das mit ihm verbündete Assad-Regime in Syrien und trägt damit ebenfalls Verantwortung für die Eskalation des Krieges. Der Syrien-Krieg ist längst ein Regionalkonflikt und Stellvertreterkrieg um eine neue Weltordnung, die durch den Zusammenbruch multilateraler Mechanismen und wachsende Staatenkonkurrenz gekennzeichnet ist.

2 FÜR EINE POLITIK DER «GLOBALEN SOLIDARITÄT»

Doch die im vorherigen Kapitel skizzierten Krisenkomplexe des Kapitalismus treffen auf Widerstände. In den vergangenen Jahren haben zahlreiche soziale Bewegungen und linke Akteure weltweit gegen Austeritätspolitik, den Angriff auf soziale Rechte, Autoritarismus, Rassismus, die Zerstörung der Natur und gegen Kriege mobilisiert. Auch die Corona-Krise bringt aktuell neue Formen der Solidarität hervor. Dabei haben wir eine Erfahrung gemacht: Die Vernetzung der Bewegungen und Akteure erweitert die Handlungsfähigkeit. Die Bezugnahme verschiedener Bewegungen aufeinander, so wie etwa 2011 von Arabischem Frühling, Indignados und Occupy-Wall-Street-Bewegung, fördert die Entwicklung von politischen Alternativen. Eine globale Perspektive stärkt die Auseinandersetzung vor Ort. Strategische Bündnisse machen alle teilnehmenden Akteure stärker. Die Verschiebung von Kräfteverhältnissen in einer Region vergrößert die Spielräume in anderen geografischen Räumen. Wollen wir glaubwürdige Alternativen zur kapitalistischen Vielfachkrise entwickeln und durchsetzen, benötigen wir daher die globale Solidarität der vielfältigen Widerstandsbewegungen.

Der Begriff «Solidarität» meint dabei zunächst, dass verschiedene Gruppen Strategien des Widerstands, Alternativen und Kämpfe entwickeln, um gemeinsame Interessen zu artikulieren und zu organisieren. Unser Solidaritätsbegriff muss aber breiter und offener sein: Wir können grundsätzlich nicht von vornherein von materiell bestehenden gemeinsamen Interessen ausgehen, sondern müssen im Gegenteil die Spaltung der Klasse der Arbeiter*innen und anderer subalternen Klassen und Gruppen voraussetzen. Die Spaltung war schon immer der «natürliche» Zustand im Kapitalismus. Die Subalternen sind etwa entlang geschlechtlicher oder ethno-nationaler Zuschreibungen oder unterschiedlicher (Re-)Produktionsweisen vielfältig gespalten. Ihre Formierung zur Klasse war stets eine politische Aufgabe. Im transnationalen Kontext geht es darüber hinaus um unterschiedliche Klassen der Subalternen (Arbeiter*innen, Kleinbäuerinnen und -bauern, informelle und solselbstständige Arbeiter*innen aller Art, traditionelle (Re-)Produktionsweisen etc.). Insofern geht es bei der Entwicklung einer Politik der Solidarität jenseits essentialistischer Vereinheitlichung um eine Verallgemeinerung von Interessen, um die Produktion des Gemeinsamen, die Differenzen nicht negiert, sondern respektiert. «Solidarisch meint, die Interessen der unterschiedlichen Beteiligten an einem gegenhegemonialen Projekt in die Formulierung der eigenen Interessen miteinzubeziehen», so Mario Candeias, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.¹³

«Statt von Gemeinsamkeiten auszugehen, die nur wachgerufen werden müssen, und fertigen Einheiten (wie «Völkern»), die sich berühren und in Beziehung zueinander treten, sollte Solidarität aber gerade an den Differenzen und am Unfertigen ansetzen», betonen auch Jens Kastner und Lea Susemichel und folgern: «Radikale Solidarität basiert nämlich geradezu auf Differenzen. Sie setzt voraus, dass es gerade nicht geteilte – ökonomische, kulturelle, politische – Grundlagen gibt und dass dieses Trennende temporär überwunden werden kann. Sie besteht nicht in erster Linie in der Parteinahme für die Gleichen und Ähnlichen, sondern darin, sich mit Menschen

12 Laut einem Bericht des Internationalen Instituts für Strategische Studien lagen die Rüstungsausgaben der USA 2018 bei 643 Milliarden US-Dollar, das war mehr als dreimal so viel wie die Ausgaben Chinas und zehnmals so viel wie die Ausgaben Russlands. «Unter den europäischen NATO-Ländern hatte Großbritannien mit 56,1 Milliarden US-Dollar die höchsten Verteidigungsausgaben. Es folgen Frankreich mit 53,4 Milliarden US-Dollar und Deutschland mit 45,7 Milliarden Euro.» Vgl. USA geben zehnmals mehr Geld für Rüstung aus als Russland, Zeit online, 15.2.2019, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2019-02/muenchener-sicherheitskonferenz-usa-verteidigungshaushalt-budget-jahresbericht-iiss.

13 Vgl. Candeias, Mario: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: LuXemburg 1/2010, S. 6–17, hier S. 11.

zu solidarisieren, mit denen man gerade nicht die Fabrik und das Milieu, das Geschlecht oder die ethnische Zuschreibung teilt.»¹⁴

Der Begriff der «internationalen Solidarität» steht in der Geschichte der sozialistischen Bewegung für die gegenseitige Unterstützung von linken Akteuren und progressiven Staatsprojekten über die Grenzen des Nationalstaats hinweg. Heute stellen wir neben den Begriff der «internationalen Solidarität» den Begriff der «globalen Solidarität», der die zentrale strategische Notwendigkeit für einen Internationalismus der Zukunft beschreibt. Denn die aktuelle kapitalistische Vielfachkrise konfrontiert uns mit Krisenkomplexen, die in ihren Entstehungszusammenhängen und damit auch in ihrer Lösungsperspektive nur aus einem globalen Blickpunkt heraus voll zu erfassen sind.

Eine ideelle Grundlage eines solchen Projekts der «globalen Solidarität» kann der Begriff der «universellen Emanzipation» bieten, wie er im originären Denken der sozialistischen Bewegung angelegt ist: Diese Emanzipationsvorstellung zielt darauf ab, «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist».¹⁵ Es war tatsächlich nur die sozialistische Bewegung, die den Kerngedanken der Französischen Revolution von der Gleichheit der Menschen zu Ende gedacht hat. Spätestens mit der Kampagne für das Frauenwahlrecht der Zweiten Internationale, ja eigentlich schon mit der konservativen Wende des bis dahin revolutionären Liberalismus in den 1848er Revolutionen in Europa wurde die sozialistische Bewegung zum eigentlichen Hauptträger der Durchsetzung grundlegender demokratischer Partizipations- und Freiheitsrechte in kapitalistischen Gesellschaften. Wie der Refrain «Die Internationale erkämpft das Menschenrecht» deutlich macht, steht die historische sozialistische Bewegung für gleiche Rechte für alle und gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund von Identitätsmerkmalen wie Geschlecht, Ethnizität und Hautfarbe – und das im globalen Kontext; die feministischen und antirassistischen Bewegungen waren auch historisch eng mit der sozialistischen Bewegung der Arbeiter*innen verknüpft.

Gleichzeitig muss der Begriff der «universellen Emanzipation» in einem Zukunftsprojekt der «globalen Solidarität» dekolonial, ökologisch und feministisch aufgeladen werden, will er der Komplexität der sozialen und politischen Machtverhältnisse in der Welt des globalen Kapitalismus gerecht werden. Wie der portugiesische Soziologe Boaventura de Sousa Santos ausführt, muss eine global denkende Linke die «Epistemologien des Südens» affirmieren.¹⁶ Das heißt, das globale soziale Gerechtigkeit nur dann möglich ist, wenn die nicht westlichen Erkenntnistheorien (Epistemologien) – einer «globalen kognitiven Gerechtigkeit» – anerkannt werden. Dabei geht es nicht um eine postmoderne Relativierung der Emanzipationsvorstellungen, sondern um eine Politik der Aufwertung und Anerkennung sowie um die Fruchtbarmachung nicht eurozentristischer Konzeptionen von Befreiung.¹⁷

Ein wesentlicher Bestandteil der Dekolonisierung des Begriffs der universellen Emanzipation ist dabei die Aufhebung der Trennung von Mensch und Natur, die in westlichen Denktraditionen der Aufklärung – und dazu zählt auch die sozialistische – stark ausgeprägt ist. Angesichts der globalen ökologischen Krise ist klar: Emanzipation ist nur möglich mit einem anderen Verhältnis von Mensch und Natur. Ein weiterer Bestandteil dieser Neubestimmung des Denkens «universeller Emanzipation» muss eine feministische Perspektive sein. Zwar ist die Auflösung hierarchischer Geschlechterverhältnisse konstitutives Element des Denkens der universellen Emanzipation. Oft wurden und werden aber feministische Forderungen letztlich als «Nebenwiderspruch» dem Klassenkampf untergeordnet. Diese Auffassung ist noch nicht überwunden. Feminismus, feministische Klassenpolitik und Intersektionalität sind daher grundlegende Komponenten einer Politik der globalen Solidarität.

Eine dekolonisierte, feminisierte und ökologische Erneuerung der umfassenden Emanzipationsideen des Sozialismus ist keine theoretische Trockenübung. In einer populären Übersetzung kann sie vielmehr ein wichtiger Impuls für die Hegemoniefähigkeit linker Politik sein. Das haben in Deutschland – zumindest ansatzweise – die beiden großen #unteilbar-Demonstrationen in Berlin im Oktober 2018 und Dresden im August 2019 gezeigt, in denen wesentliche Elemente einer Politik der globalen Solidarität angelegt waren. Antirassistische Initiativen, feministische Gruppen, Ökologiebewegung, Gewerkschaften und Sozialverbände demonstrierten gemeinsam mit linken Parteien. Die Bewegung war größer und ausstrahlungskräftiger als die Summe ihrer Bestandteile. Gerade die Pluralität von #unteilbar und die Verbindung von Fragen der sozialen Gerechtigkeit mit dem Kampf gegen Rassismus haben diese stärkste Mobilisierung der Linken in den vergangenen Jahren ermöglicht. Für einen Moment zeigten sich die Potenziale eines «dritten Pols» zur «Verteidigung einer solidarischen und demokratischen Lebensweise sowie der ökologischen Grundlagen der Gesellschaft» als hegemoniefähiges Gegenmodell zum neoliberalen Mainstream der Mitte und der extremen Rechten.¹⁸ Auch die Kampagnen von Bernie

14 Vgl. Sussemichel, Lea/Kastner, Jens: Identitätspolitik. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken, Münster 2018, S. 138.

15 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke [MEW], Bd. 1, Berlin 1976, S. 385.

16 Vgl. Sousa Santos, Boaventura de: Epistemologien des Südens. Gegen die Hegemonie des Westlichen Denkens, Münster 2018, S. 14 ff.

17 Ebd.

18 Vgl. Candeias, Mario: Linkspartei, was nun? Drei Vorschläge für eine Strategiediskussion, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 9/2019, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_09-2019.pdf.

Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in den USA sowie die Politik von Jeremy Corbyn unter dem Motto «For the many, not the few» haben sich ähnlich orientiert.¹⁹

Letztlich ist das stärkste Argument für eine Politik der globalen Solidarität auf der Grundlage erneuerter universeller Emanzipationsvorstellungen der Linken, dass sie der historischen Existenzberechtigung der Linken entspricht. Trotz aller Krisen, Niederlagen und selbst der stalinistischen Verbrechen, die im Namen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung verübt worden sind, war es immer wieder das Versprechen auf die universelle Emanzipation der Menschen, das für eine Erneuerung der Linken gesorgt und politische Mobilisierungskraft erzeugt hat. Gerade im Angesicht der kapitalistischen Vielfachkrise, die mit wachsender Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Xenophobie, erstarkten autoritären Rechten, Kriegen, Gewalt und dem tausendfachen Tod von Flüchtlingen im Mittelmeer einhergeht, kommt es heute darauf an, den emanzipatorischen Humanismus der Linken wieder zu stärken, der sich in einer konkreten populären Politik «für alle» ausdrückt. Nur auf diese Weise bilden wir einen glaubwürdigen Gegenpol zur erstarkenden Rechten.

3 STRATEGISCHE ANSÄTZE FÜR EINEN INTERNATIONALISMUS DER ZUKUNFT

In den strategischen Debatten der Linken wird über die Subjekte und Trägergruppen von Veränderung, über die territorialen bzw. institutionellen Ebenen des politischen Eingreifens sowie um die Methoden von Mobilisierung und Durchsetzung von Forderungen gestritten. Dabei werden oft Dichotomien geschaffen: Klasse der Arbeiter*innen versus Marginalisierte, nationalstaatlich versus global, «kosmopolitisch» versus «kommunitaristisch», parlamentarisch versus bewegungsorientiert, Öko- versus Gewerkschaftsbewegung, Identitätspolitik versus soziale Frage; das sind einige Stichworte aus der Diskussion in Deutschland. Ähnliche Debatten finden in anderen Ländern statt. In Lateinamerika drehen sie sich häufig um die Frage der Möglichkeiten und Grenzen von Regierungsprojekten der Linken und um den Gegensatz zwischen radikalem Widerstand gegen Extraktivismus einerseits und staatlich kontrollierte Nutzung der Bodenschätze für ein linkes Regierungsprojekt andererseits.

Viele dieser Debatten und Konflikte bilden reale Interessenskonflikte und politische Widersprüche ab. Sie haben daher ihre Berechtigung. Gleichzeitig führen sie nicht selten zur Lähmung und Zersplitterung der Linken als gesellschaftsverändernde Kraft. Auf internationaler Ebene kommen Probleme wie Sprachbarrieren, unterschiedliche politische und gesellschaftliche Kontexte, divergierende Traditionen und Narrative der Linken sowie unterschiedliche politische Kulturen hinzu. Selbst die beiden größten Nachbarländer der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Polen, unterscheiden sich in allen diesen Aspekten – beide auf jeweils andere Weise – fundamental von Deutschland. Noch größer sind die Unterschiede zwischen dem europäischen und dem afrikanischen Kontext.

Bei der Entwicklung von konkreten strategischen Handlungsfeldern für einen Internationalismus der Zukunft kommt es angesichts der Fragmentierung und Widersprüchlichkeiten der politischen Kontexte, Handlungsbedingungen und politischen Subjekte daher auf drei Elemente an: (1) Soziale Bewegungen lassen sich nicht erfinden. Es gilt vielmehr, an bereits existierende Bewegungen anzuknüpfen und diese weiterzuentwickeln. (2) Es müssen Überlegungen angestellt werden, wie sich die bestehenden Bewegungen, politischen Initiativen, Netzwerke und Organisationen vernetzen und ein politisches Hegemonieprojekt der Linken an ihren Handlungsorten fördern können. (3) Es müssen Strategien entwickelt werden, um die transnationale Vernetzung und die globale Perspektive von meist lokalen und nationalstaatsbasierten Bewegungen und politischen Akteuren zu stärken. Der strategische Ansatz einer Politik der globalen Solidarität könnte dabei sein, ein Framing und internationale wie transnationale Handlungsansätze zu entwickeln, in denen unterschiedliche Akteure der Linken mit unterschiedlichen Interessen zusammenwirken können, ohne Konflikte, Widersprüche oder Unterschiede negieren zu müssen. In der transnationalen Vernetzung müsste ein konkreter Nutzen für die lokalen Akteure liegen.

Bei den strategischen Überlegungen spielt die Verbindung von unterschiedlichen Handlungsebenen auf lokaler, nationalstaatlicher und globaler Ebene eine entscheidende Rolle. Die neoliberale Globalisierung des Ka-

¹⁹ In den beiden «Labour Manifestos» für die Parlamentswahlen 2017 und 2019 wurden wesentliche Elemente einer Politik der globalen Solidarität artikuliert. Es wurden eine Politik der radikalen Umverteilung von Reichtum, die Garantie globaler sozialer Rechte (*global basic services*), wie der Zugang zu einem kostenfreien Gesundheitssystem, die Rechte von sexuellen Minderheiten und Migrant*innen mit einer Ausweitung der Demokratie und einer ökologischen Industriepolitik sowie einer multilateralen und friedlichen Außenpolitik offensiv und glaubwürdig verknüpft. Labour konnte bei den Wahlen 2017 mit diesem linkssozialistischen Programm 9,5 Prozent hinzugewinnen und erreichte 40 Prozent. Bei den Wahlen im Dezember 2019 erlitt Corbyn aufgrund der Brexit-Diskussion, die alle anderen Themen verdrängte, eine Niederlage. Dennoch bleibt das «Manifesto» von 2019 ein wichtiger Orientierungspunkt für eine zeitgemäße linkssozialistische Politik.

pitalismus hat durch die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Stärkung transnationaler Konzerne in den vergangenen Jahrzehnten den lokalen und nationalstaatlichen politischen Gestaltungsspielraum stark eingeschränkt. Damit ist auch ein Prozess der Entdemokratisierung von Politik verbunden, da demokratische Legitimation, Repräsentation und Kontrolle bisher am ehesten auf lokalen und nationalstaatlichen Ebenen funktionieren. Ein Ansatzpunkt linker Politik müsste also die Rückgewinnung von politischer Gestaltungsfähigkeit auf diesen Ebenen sein. Es geht um Dezentralisierung und Demokratisierung. Dies kann allerdings nur mit einer internationalistischen Politik gelingen, die die globalen Probleme adressiert. Denn um mehr politische Gestaltungsfähigkeit auf den lokalen und nationalstaatlichen Ebenen zu gewinnen, bedarf es einschneidender Veränderungen auf der globalen Ebene. Dies bedeutet, die Debatte um ein progressives Verhältnis zwischen selektiver «De-Globalisierung» («De-Linking») und «solidarischer Alter-Globalisierung» weiterzutreiben, statt die gegenwärtige um Globalisierung versus Rückkehr zum Nationalstaat, die nur die Entgegensetzung von Neoliberalen und Rechten reproduziert. Es geht um eine neue Verbindung von Dezentralität mit transnationalen Vermittlungen und einer Überwindung globaler Ungleichheit. Angesichts der Corona-Krise und der absehbaren Auseinandersetzungen über den Stellenwert nationalstaatlicher Politik in einer globalisierten Weltwirtschaft wird diese Diskussion noch wichtiger werden.

Im Folgenden werden acht Problemfelder dargestellt, in denen eine Strategieentwicklung für einen Internationalismus der Zukunft möglich und sinnvoll erscheint. Weitere politische Prozesse könnten hinzugefügt werden.

3.1 Für einen transformativen und sozialistischen Green New Deal

Vor dem Hintergrund der existenzgefährdenden globalen ökologischen Krise und der Krise der sozialen Reproduktion muss ein radikaler sozial-ökologischer Systemwechsel ein Kernelement eines «neuen Internationalismus» und jeder linken Politik sein. Die Transformation muss im kommenden Jahrzehnt erfolgen, soll es der menschlichen Zivilisation gelingen, die im «Kapitalozän» (Elmar Altvater) begründete Klimakatastrophe und den Zusammenbruch sozialer Reproduktion mit unkontrollierbaren Kettenreaktionen noch in den Griff zu bekommen.²⁰ Dabei handelt es sich um eine immense politische Herausforderung – nicht nur für die gesellschaftliche Linke, sondern letztendlich für alle, die an der Weiterexistenz der menschlichen Zivilisation interessiert sind.

Es ist also ein «großer Wurf» notwendig, um auf die Herausforderungen adäquat zu reagieren. Antworten sind nicht einfach zu finden. Gleichwohl entwickelt sich mit der Debatte über einen Green New Deal die Kontur eines strategisch angelegten Politikentwurfs, der Antworten entwickeln und zu einem zentralen Bestandteil einer Politik der globalen Solidarität werden könnte. Es wird in den kommenden Monaten darum gehen, die Debatte um den Green New Deal mit der Diskussion über eine emanzipatorische Politik zur Bewältigung der Corona-Krise zu verbinden.

Während es in der ersten öffentlichkeitswirksamen Diskussion über einen Green New Deal vor etwa zehn Jahren im Kontext der Präsidentschaftskandidatur von Barack Obama in erster Linie um eine ökologische Modernisierung im Rahmen des Kapitalismus ging,²¹ hat sich in der Zwischenzeit auch ein linker Ansatz für einen transformativen Green New Deal entwickelt, der die Funktionsweise des kapitalistischen Systems für die ökologische Katastrophe verantwortlich macht und grundsätzliche Alternativen anstrebt. Aus diesen Ansätzen könnte eine ökosozialistische Transformationsstrategie entstehen.

Die am weitesten gehenden Modelle werden derzeit in der Linken in den USA und in Großbritannien diskutiert. Auf der politischen Ebene haben den Diskurs in den USA vor allem Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders popularisiert. In Großbritannien konnte die Kampagne «Labour for a Green New Deal» beim Labour-Parteitag in Brighton im September 2019 eine weitreichende Resolution durchsetzen. Im «Labour Manifesto» für die Parlamentswahlen im Dezember 2019 wurden Bestandteile eines transformativen Green New Deal unter dem Stichwort «A green industrial revolution» aufgenommen.²² Die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL-Fraktion) im Europäischen Parlament spricht von einem «Green and Social New Deal».²³ Auf konzeptioneller Ebene haben die britische Wirtschaftswissenschaftlerin Ann Pettifor in ihrem Buch «The Case for the Green New Deal», die kanadische Autorin Naomi Klein in ihrem

20 Altvater stellt den Begriff «Kapitalozän» dem verbreiteteren Begriff «Anthropozän» gegenüber, um zu zeigen, dass die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen nicht einfach Menschenwerk, sondern das Produkt der kapitalistischen Produktionsweise ist.

21 Die Auseinandersetzung mit einem Green New Deal hat bereits vor über zehn Jahren begonnen. Seit 2007 wurde der Begriff in Diskussionen der Greenpeace International's Economics Unit, der Green European Foundation und linksliberaler Journalist*innen benutzt. Barack Obama nutzte den Terminus während seiner Wahlkampagne 2008. Im September 2009 veröffentlichte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UN Environment Programme, UNEP) einen Report mit dem Titel «Global Green New Deal» über einen Plan zu nachhaltigem Wachstum. Vgl. Löhle, Nora: Revival eines Begriffs. Zur Entstehungsgeschichte des Green New Deals, in: Green New Deal. Fassadenbegrünung oder neuer Gesellschaftsvertrag?, Politische Ökologie 4/2019, S. 18–23.

22 Weitere Informationen zu «A Green Industrial Revolution» unter: <https://labour.org.uk/manifesto/a-green-industrial-revolution/>.

23 Vgl. GUE/NGL: Left launches policy for Green & Social New Deal, 11.12.2019, unter: www.guengl.eu/left-launches-policy-for-green-social-new-deal/.

Buch «Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann» und die Kampagne «Green New Deal for Europe» vorgedacht.²⁴

Ein Ausgangspunkt der Überlegungen für einen transformativen Green New Deal ist der Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit, Kohlenstoffemissionen und Umweltschäden. Nur zehn Prozent der globalen Bevölkerung erzeugen etwa 50 Prozent der globalen Emissionen von Treibhausgasen. Die Mehrheit dieser zehn Prozent wohnt in nördlichen Industriestaaten, das heißt in Ländern, die Mitglied in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind (OECD-Länder). Je ärmer die Menschen sind, desto weniger emittieren sie. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – dreieinhalb Milliarden Menschen – produziert nur zehn Prozent der Emissionen. Gleichzeitig sind aber die ärmsten Menschen und die Länder mit den geringsten Emissionen die Hauptleidtragenden der katastrophalen ökologischen, sozialen und politischen Folgen des Klimawandels. Zwar wachsen die Emissionen vor allem in den «Schwellenländern», sie dienen dabei aber größtenteils der Produktion von Waren, die in reichen Ländern konsumiert werden.²⁵

Vor dem Hintergrund dieser Analyse wird von den Verfechter*innen eines transformativen Green New Deal vorgeschlagen, den Ansatzpunkt für eine ökologische Wende primär in den OECD-Ländern selbst zu suchen. Die OECD-Länder müssten aufgrund ihres exorbitanten Anteils an den umweltschädlichen Emissionen mit einem radikalen und schnellen Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung und einer «Entkarbonisierung» der Wirtschaftsweise vorangehen. Der radikale Kurswechsel in den OECD-Ländern würde mit einem neuen solidarischen Nord-Süd-Verhältnis einhergehen und könnte so eine globale sozial-ökologische Wende einläuten. Der Hebel für diese Transformation in den OECD-Ländern wäre – wie im historischen New Deal des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt von 1933 bis 1939 – zunächst ein massives Investitionsprogramm in die öffentliche Infrastruktur. Dieses Programm würde auf die Förderung erneuerbarer Energien, Energieeinsparung sowie die Ökologisierung des Verkehrswesens, des Wohnungsbaus und der gesamten öffentlichen Infrastruktur zielen. Der ökologische Umbau sollte dabei begleitet werden durch eine Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten in Industrien, die schrumpfen müssen – wie der Bergbau, die Waffenproduktion und die Pkw-Produktion –, sowie die Schaffung neuer, gut bezahlter und gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze in den neuen Sektoren. Die Arbeitsplatzgarantie ermöglicht die politische Durchsetzung eines Green New Deal und sollte die Qualifikationen der betroffenen Arbeitnehmer*innen für die Ökologisierung der Wirtschaftsweise nutzen. Konstitutiver Bestandteil eines linken Green New Deal ist die gezielte Stärkung der Rechte und Teilhabe von Frauen und subalternen Gruppen wie Migrant*innen und ethnischen Minderheiten. Zur Stärkung der sozialen Rechte wird über die Entwicklung eines Systems von *universal basic services* im Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungsbereich diskutiert.

Die Finanzierung des Programms müsste über die effektive Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, eine Transaktionssteuer, die Reduzierung der Rüstungshaushalte, die Umlenkung von Subventionen aus fossilen in regenerative Energieproduktion sowie über Staatsanleihen und andere Maßnahmen erfolgen. Die oben bereits erwähnte Kampagne «Green New Deal for Europe», die von linken Thinktanks und Organisationen wie Democracy in Europe Movement 2025 (DiEM25), Common Wealth, European Alternatives, New Economics Foundation und Tax Justice Network getragen wird, fordert eine Mobilisierung von fünf Prozent des Brutto-sozialprodukts pro Jahr. In der EU wäre dies eine jährliche Investitionssumme von 800 Milliarden Euro.²⁶

Eine unabdingbare Voraussetzung für einen transformativen Green New Deal wäre die Demokratisierung der Ökonomie. Das Profitmotiv der Kapitalverwertung müsste dem Interesse des Gemeinwohls und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen untergeordnet werden. Dazu wären eine Ausweitung des öffentlichen und demokratisch kontrollierten Eigentums und eine Zurückdrängung der transnationalen Konzerne notwendig. Um die demokratische Kontrolle über die Investitionstätigkeiten zu stärken, müssten vor allem zentrale Player des Bankensektors sozialisiert werden. Gleichzeitig müssten Mechanismen der Wirtschaftsdemokratie gestärkt werden. Angesichts der Machtverhältnisse scheint dies heute kaum realisierbar zu sein. Andererseits haben die Bankenkrise von 2007 und die darauffolgende Rettung von Großbanken durch den massiven Einsatz von Steuergeldern auch gezeigt, dass in einem Krisenszenario viel möglich wird, was zuvor als ausgeschlossen galt. Aktuell sehen wir in der Corona-Krise ein ähnliches Phänomen, dessen Folgen noch nicht absehbar sind. Die Diskussion um einen transformativen Green New Deal ist selbstverständlich kontrovers. Aus einer internationalistischen und sozialistischen Perspektive müsste die Frage der Transformation von Eigentumsverhältnissen sowie die der Dekolonisierung stärker eingebracht werden. Entscheidend ist vor allem auch, den Wachstumszwang der nach immer höheren Profiten strebenden kapitalistischen Wirtschaftsweise grundsätzlich

24 Vgl. Pettifor, Ann: The Case for the Green New Deal, London 2019 sowie Klein, Naomi: Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann, Hamburg 2019.

25 Die Zahlen gehen aus einer Studie von Oxfam hervor: Extreme Carbon Inequality, 2.12.2015, unter: www.oxfam.de/system/files/oxfam-extreme-carbon-inequality-20151202-engl.pdf.

26 Vgl. Green New Deal for Europe: Blue Print. For Europe's Just Transition, o. J., unter: www.gndforeurope.com/campaign.

infrage zu stellen. Der Schlüssel ist vielmehr die Kombination aus *growth* und *degrowth*. Während bestimmte Sektoren der Wirtschaft schrumpfen müssten (in Deutschland bspw. fossile Energiegewinnung, Pkw-Produktion, Waffenproduktion, Flugverkehr), müssten andere Sektoren wachsen (etwa die Gesundheitsversorgung, regenerative Energiegewinnung, ökologische Infrastrukturentwicklung in Verkehr und Gebäudesanierung sowie Pflege und Bildung).

Der Kern eines transformativen und sozialistischen Green New Deal müsste darin bestehen, eine Gesellschafts-idee zu entwickeln, in der die Bemessung von Wohlstand nicht mehr entlang von rein quantitativen Kriterien wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfolgt, sondern in der ein besseres Leben für die Mehrheit jenseits der Profit- und Wachstumslogiken des Kapitalismus angestrebt wird.

Wie der britische Wirtschaftswissenschaftler Jason Hickel ausführt, zeigen gesellschaftliche Gesamtindikatoren, dass es keine notwendige Korrelation zwischen dem BIP pro Kopf und dem Wohlergehen von Menschen gibt. Im Gegenteil: Menschliche Entwicklungsindikatoren wie Glück, Bildung, Gesundheit und Langlebigkeit sind für das Wohlbefinden viel wichtiger als quantitative Indikatoren wie Produktion und Konsumption. Laut dem «World Happiness Report» der Vereinten Nationen leben in Costa Rica beispielsweise glücklichere Menschen als in den USA, obwohl Costa Rica ein BIP pro Kopf von nur einem Fünftel der USA aufweist. Menschliches Glück in einer Gesellschaft entsteht nicht in erster Linie durch Konsum, sondern durch mehr soziale Gleichheit, existenzsichernde, stabile und dauerhafte soziale Absicherung, gute menschliche Beziehungen sowie sinnerfüllte und gesunde Arbeitsbeziehungen.²⁷

Mit der Debatte um den Green New Deal ist es zumindest in den USA und Großbritannien gelungen, einen Rahmen zu schaffen, in dem die Ökologiebewegung, wichtige Teile der Gewerkschaftsbewegung und andere soziale Bewegungen mit politischen Akteuren in einem strategischen Bündnis zusammenwirken und so erhebliche Mobilisierungskraft entfalten können. Es muss nun darum gehen, die Debatte weiter zu vertiefen. Außerdem müssten konkrete Einstiegsprojekte in einen transformativen Green New Deal auf lokaler und nationalstaatlicher Ebene entwickelt werden, die Signalwirkung entfalten können. Das ist überall dort möglich, wo linke Akteure politische Gestaltungsmöglichkeiten haben. In Deutschland müsste die Diskussion möglicherweise unter einem anderen Motto stehen als im angelsächsischen Bereich, in dem der Begriff New Deal mit seinem Bezug zu Roosevelt klar positiv konnotiert ist und auch *green* nicht *grün* im parteipolitischen Sinn bedeutet. Allerdings gibt es bisher noch keinen besseren begrifflichen Vorschlag. Im Spiel sind Begriffe wie «sozial-ökologische Revolution», «sozial-ökologischer Systemwechsel » oder «grüner Sozialismus».

3.2 Friedenspolitik, neuer Multilateralismus und Dekolonisierung

Neben der sozial-ökologischen Krise ist die Frage der Friedenspolitik eine zweite zentrale Herausforderung für einen Internationalismus der Zukunft. Vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Welt mit neuen geopolitischen Machtverhältnissen muss eine Friedenspolitik der globalen Solidarität verschiedene Ansatzpunkte entwickeln. In den nördlichen Industrieländern wie in der Bundesrepublik Deutschland müsste es in erster Linie um Abrüstung und einen Stopp aller Waffenexporte gehen. Sie hängen ohnehin zusammen: Was produziert wird, wird auch exportiert, die Trennung innen/außen existiert in Wirklichkeit nicht. Außerdem müssten Auslandseinsätze der Armeen eingestellt werden, da sie letztlich immer primär der Durchsetzung von geopolitischen Interessen dienen und an ihren eigenen vorgeschobenen «moralischen» Zielen scheitern, wie die Situation in Afghanistan, dem Irak oder Libyen zeigt. Stattdessen muss die Umlenkung der Militärausgaben in einen transformativen Green New Deal und die Konversion bzw. Abwicklung der Waffenindustrie gefordert werden. Diese Forderungen sind populär und einer breiten Öffentlichkeit vermittelbar.

Gleichzeitig müsste eine internationalistische Friedenspolitik die Kriege des 21. Jahrhunderts nicht nur geopolitisch, sondern auch sozioökonomisch einordnen. Es gilt, einen komplexen analytischen Begriff von den Konflikten zu entwickeln, um falsche Positionierungen entlang der Logik «Der Feind meines Feindes ist mein Freund» zu vermeiden. Das gilt vor allem für die als «ethnisch» oder «religiös» bezeichneten «Bürgerkriege» beispielsweise in Mali und Syrien. Wie bei den Konflikten in Ruanda, im Kaukasus und im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren geht es darum, nicht nur den geopolitischen Kontext, sondern auch die inneren Ursachen und Kriegsökonomien zu analysieren, die diese Auseinandersetzungen prägen. Hinter der «ethnischen» und «religiösen» Artikulation liegen meist soziale Konflikte, Streitigkeiten um die Kontrolle natürlicher Ressourcen oder konkurrierende politische Machtansprüche bestimmter Eliten, die von externen Mächten instrumentalisiert werden.

Aus der Perspektive linker Friedenspolitik und globaler Solidarität muss es vor allem um die Überwindung der strukturellen gesellschaftlichen Machtverhältnisse gehen, die Kriege erzeugen. Diese gründen einerseits auf imperialer Politik zur Ressourcen- oder geopolitischen Machtsicherung durch die Industrienationen, anderer-

27 Hickel, Jason: Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist, München 2017, S. 374f.

seits auf strukturellen Gewaltverhältnissen innerhalb von Gesellschaften, in denen soziale Konflikte gewaltförmig ausgetragen werden. Die Ablehnung von Militärinterventionen und Waffenexporten ist ein Ansatzpunkt linker Friedenspolitik in den nördlichen Industrieländern. Die Durchsetzung grundlegender sozialer und demokratischer Rechte zur Überwindung struktureller Gewaltverhältnisse ist ein anderer. Es geht also um «positiven Frieden» (Johann Galtung).

Die Verteidigung des im Völkerrecht definierten allgemeinen Gewaltverbots für Staaten²⁸ ist dabei zentral. Gleichzeitig muss linke Politik mit einer klassenbasierten Perspektive in innergesellschaftliche Konflikte und Kriege in anderen Staaten eingreifen, indem sie emanzipatorische Akteure stärkt, Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen skandalisiert und sich mit den Betroffenen solidarisiert. Die Unteilbarkeit der Menschenrechte muss dabei die Richtschnur sein. Die Vermittlung von Völkerrecht und Menschenrecht ist spannungsgeladen. Sie ist im konkreten Fall politisch sehr herausfordernd, wie die linken Diskussionen um die Kriege im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren und heute in Syrien zeigen. Gleichwohl sind beide Gesichtspunkte für eine internationalistische Politik essenziell.

Linke Regierungspolitik auf internationaler und außenpolitischer Ebene müsste primär einen neuen Multilateralismus in einem reformierten UN-System stärken. In diesem Multilateralismus müssten die wirtschaftlich und politisch schwachen Staaten des Südens gefördert werden. Progressive Regierungen müssten das Völkerrecht und regelbasierte internationale Beziehungen gegen den Unilateralismus starker Staaten wieder in den Vordergrund stellen.

Informelle Regierungstreffen der reichsten Länder wie die der G-7-Staaten (Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien und USA) müssten zugunsten von Prozessen aufgehoben werden, die auf UN-Ebene ablaufen. Die reformierten Vereinten Nationen könnten stärker als bisher der Ort für die Verhandlung und Durchsetzung von Menschenrechten, globalen sozialen Rechten sowie den ökologischen Transformationszielen eines Green New Deal und solidarischer Weltwirtschafts- und Handelsbeziehungen werden.

Auch andere vertragsbasierte multilaterale Systeme wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europarat (Council of Europe, CoE) könnten eine wichtigere Rolle spielen. Aufgrund der Mitgliedschaft Russlands könnten diese Institutionen zentral für eine Sicherheitsarchitektur der Zusammenarbeit in Europa sein und eine Alternative zur aggressiven NATO-Politik gegenüber Russland darstellen. Die Auflösung der NATO an sich wäre kein Fortschritt, wenn an ihre Stelle nicht alternative Sicherheitsstrukturen treten, die auf Abrüstung und Kooperation orientieren. In diesem Sinne wäre auch der INF-Vertrag wiederzubeleben und auf China auszuweiten, um die Gefahr eines Atomkriegs zu reduzieren und den globalen Rüstungswettlauf mit atomaren Sprengköpfen zu beenden.

Die Dekolonisierung ist ein weiterer wesentlicher Eckpunkt einer Politik der globalen Solidarität in der Sphäre der internationalen Beziehungen. Dekolonisierung meint dabei einerseits die Aufhebung von kolonial anmutenden Herrschaftsverhältnissen in Ländern wie Westsahara, Puerto Rico oder Palästina durch die vollständige völkerrechtliche Anerkennung bzw. die völkerrechtlich verbrieft voll Realisierung der Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerungen in diesen Ländern.²⁹ Dekolonisierung ist aber viel mehr als nur ein völkerrechtlicher Prozess. Es geht um wirtschaftliche, kulturelle, intellektuelle und politische Emanzipation von kolonialer Herrschaft und Geschichte in all ihren gesellschaftlichen Facetten. Und es geht um einen globalen Kampf gegen Rassismus, der primär als Resultat kolonialer und postkolonialer Herrschaft die Kultur, Politik und Gesellschaft weltweit durchdringt.

Im bestehenden UN-System sind bereits viele Ansätze für einen neuen Multilateralismus vorhanden. Die Potenziale des Systems der Vereinten Nationen haben sich vor allem in den 1960er und 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gezeigt. Damals bestanden mit den sozialistischen Ländern und vor allem den Blockfreien Staaten (Jugoslawien, Ägypten, Indien, Kuba etc.) starke Akteure, die eine Reihe wichtiger Erfolge für die Länder des globalen Südens, die Ausweitung des Menschenrechtsbegriffs auf soziale Rechte sowie das Recht auf eine unabhängige wirtschaftliche Entwicklung erzielt haben. Dazu gehören die Durchsetzung der UN-Resolution 1514 über die Gewährung der Unabhängigkeit der kolonialen Länder und Völker (1960), des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt, 1966) und die Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (1974).

28 «Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.» (Artikel 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen).

29 Die UN zählt 17 «Non-Self-Governing Territories», die bis heute nicht selbstständig regiert werden. Das größte Territorium ist Westsahara, das durch Marokko besetzt ist. Daneben gibt es semikoloniale Gebiete wie Puerto Rico, das zwar als Staatsgebiet der USA gilt, dessen Bürger*innen aber kein Wahlrecht in den USA besitzen. Palästina wurde 1988 zwar als Staat ausgerufen, hat aber bisher nur einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Die Staatlichkeit von Palästina wird derzeit von 137 der 193 UN-Mitgliedsstaaten anerkannt. Die UN definieren das Westjordanland und den Gaza-Streifen als durch Israel «besetzte Gebiete».

Diese, von der UN-Generalversammlung angenommenen Dokumente lesen sich heute streckenweise wie Erklärungen einer internationalistischen Linken und zeigen den Grad der Regression in den internationalen Beziehungen durch den Siegeszug des Neoliberalismus und Unilateralismus. Progressive Regierungen müssten daran arbeiten, an diese heute in den Hintergrund gedrängten, aber sehr bedeutenden Prozessen anzuknüpfen und sie wieder zu stärken und auszuweiten.

3.3 Solidarische Weltwirtschaftsbeziehungen und globale Gerechtigkeit

Für einen transformativen Green New Deal und einen neuen Multilateralismus sind solidarische Handels- und Wirtschaftsbeziehungen konstitutiv. Es geht um die Herstellung von globaler Gerechtigkeit. Denn im Gegensatz zur Ideologie des klassischen Entwicklungshilfeansatzes, der suggeriert, der Norden würde den Süden altruistisch unterstützen, ist die 500 Jahre währende Geschichte der Expansion des kapitalistischen Weltsystems eine Geschichte des Transfers von Reichtum aus dem globalen Süden in die Industrieländer des globalen Nordens. Diese Logik muss umgekehrt werden.

Der Transfer von Reichtum findet bis heute in verschiedenen Formen statt: Die europäischen Eroberer Lateinamerikas, Afrikas und Asiens plünderten Bodenschätze in den Kolonien, versklavten die Bevölkerungen und zwangen Millionen von Menschen zur Arbeit in Minen und auf Plantagen. Das System der Sklaverei ermöglichte den wirtschaftlichen Aufstieg der nördlichen Industrienationen und zerstörte gleichzeitig ganze Gesellschaften und Ökonomien in den Kolonien. Der moderne Kapitalismus führt die koloniale Ausbeutung in anderen Formen eines informellen Imperialismus, eines «empire without colonies» (Panitch/Gindin) fort.³⁰ Ein Mechanismus sind die Zinszahlungen für Kredite. Ein anderer der «ungleiche Tausch» (Samir Amin) von Gütern und Dienstleistungen. Aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwäche der Länder des globalen Südens erbringt die Exportproduktion industrieller Fertiggüter aus dem globalen Norden höhere Gewinne und Löhne als die Förderung und Ausfuhr von Rohstoffen, die hauptsächlich aus den Ländern des globalen Südens erfolgen. Die Repatriierung von Profiten, das heißt des im globalen Süden von Lohnabhängigen geschaffenen Mehrwerts, in die kapitalistischen Zentren wird auch unter den Bedingungen transnationalisierter Produktionsverhältnisse durch die spezifische Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung abgesichert. Gleichzeitig werden in den Wertschöpfungs- und Produktionsketten des globalen Kapitalismus die ökologischen Kosten von Produktion und Konsumption von Norden nach Süden externalisiert.³¹

Die zahlreichen Kampagnen zur Kritik der neoliberalen Politik von Internationalem Weltwährungsfond (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) haben seit den 1980er Jahren zur Delegitimierung dieser Institutionen in breiten Teilen der Weltöffentlichkeit beigetragen und zahlreiche Ansatzpunkte für mehr globale Gerechtigkeit entwickelt. Zentral sind Forderungen nach einer Re-Regulierung der Finanzmärkte, des internationalen Bankensystems und der Ratingagenturen, um die Finanzmärkte wieder unter öffentliche Kontrolle zu bringen. Manche Akteure halten die Sozialisierung der Finanzsektoren und ihre Umwandlung in öffentliche Dienstleistungsinstitutionen, die die sozial-ökologische Transformation gewährleisten, für unerlässlich.

Verstärkt werden müssten außerdem Kampagnen für Steuergerechtigkeit und gegen Steuerdumping, Steuerschlupflöcher und Geldwäsche. Steuergerechtigkeit ist ein zentraler Hebel, um die Destruktionspotenziale des Profitprinzips einzudämmen und einen transformativen Green New Deal zu finanzieren. An die Stelle von liberalisierten Finanzmärkten und Steuerdumping müssten öffentlich kontrollierte Finanzierungsmechanismen für Investitionen in die Ökologisierung von Produktion und Infrastruktur treten. Eine sozial-ökologische Reform des internationalen Finanzwesens könnte gleichermaßen zur Überwindung der Ungleichheit im Nord-Süd-Verhältnis wie zur Stärkung von politischen Gestaltungsmöglichkeiten im globalen Norden beitragen.

In den Kampagnen gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement, NAFTA) Mitte der 1990er Jahre, gegen die Politik der WTO oder das Transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) und die Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ehemaligen europäischen Kolonien (European Partnership Agreements, EPA) wurden in den vergangenen Jahrzehnten von linksorientierten Akteuren und sozialen Bewegungen zahlreiche Vorschläge für eine alternative Handelspolitik zur Gestaltung solidarischer Weltwirtschaftsbeziehungen entwickelt. Diese beruhen auf solidarischer Kooperation zur Erhaltung der gemeinsamen Lebensgrundlagen und auf mehr Gleichheit in den Lebensverhältnissen statt auf Konkurrenz, Wettbewerb und Freihandel. Zentrale Dimensionen einer Politik der globalen Gerechtigkeit wären die gezielte Stärkung der sozialen und ökonomischen Position von Frauen und marginalisierten Minderheitengruppen in den Gesellschaften.

Für den globalen Norden hieße Solidarität in diesem Kontext, strukturelle Vorteile, die in der 500-jährigen Geschichte des Kolonialismus und Neokolonialismus durchgesetzt worden sind, abzubauen. In solidarischen in-

30 Panitch, Leo/Gindin, Sam: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium, Hamburg 2004.

31 Vgl. Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2016.

ternationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen würden lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe, die Eindämmung des Extraktivismus sowie die Überwindung der Externalisierung der ökologischen und sozialen Kosten von Produktion und Konsumtion in den globalen Süden im Vordergrund stehen.³²

Globale Gerechtigkeit könnte durch einen globalen Reparationsfonds für die Folgen von Kolonialismus, illegitimen Schulden und Umweltzerstörung im globalen Süden konkretisiert werden. Diese Forderung müsste von Akteuren aus dem globalen Süden erhoben werden und durch linke Akteure und die kritische Zivilgesellschaft im globalen Norden in die politischen Debatten eingebracht werden. Damit könnte die entwicklungspolitische Diskussion vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Strategisch ist der Anspruch nach globaler Gerechtigkeit gerade für die Linken im globalen Norden eine große Herausforderung. Der Schlüssel liegt in der Entwicklung von Forderungen, die gut vermittelbar sind. Tatsächlich sind die Kampagnen gegen Freihandelsabkommen wie TTIP sowie für die Schließung von Steuerschlupflöchern und die effektive Besteuerung von Großkonzernen populär. Alternative Finanz- und Handelspolitik kann auch im globalen Norden große gesellschaftliche Mobilisierungskraft entfalten. Entscheidend ist aber der Druck durch progressive Regierungen, linke Staatenbündnisse und andere Akteure aus dem globalen Süden.

3.4 Ernährungssouveränität³³

Ernährungssouveränität ist kein wissenschaftlich definiertes Konzept, sondern lässt sich eher als Leitbegriff sozialer Bewegungen verstehen. 1996 machte die internationale Kleinbauernbewegung La Via Campesina den Begriff am Rande des UN-Welternährungsgipfels in Rom bekannt. Seitdem haben ihn weltweit viele soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und sogar Staaten übernommen. Der Kampf um Ernährungssouveränität wurde von Anfang an als eine internationalistische globale Vernetzung von sozialen Bewegungen gedacht, die jedoch mit ihren Kämpfen auf lokaler Ebene verortet sind und sich für die Durchsetzung ihrer Rechte einsetzen. Dem Privileg weniger Individuen, Konzerne und Regierungen, über die Erzeugung, Verteilung und den Verbrauch von Nahrungsmitteln zu entscheiden, stellt das Konzept der Ernährungssouveränität normativ das Recht der Gestaltungsmacht vieler entgegen. Im globalen Ernährungssystem zeigt sich die Krise des globalen Kapitalismus heute zugespitzt: Einerseits ist kaum ein Sektor der globalen Ökonomie derart vermachtet und konzentriert: Vier transnationale Konzerne – zwei davon aus Deutschland (Bayer-Monsanto und BASF) sowie Corteva Agriscience (DowDuPont) und Chemchina-Syngenta (Sinochem) – kontrollieren beispielsweise über 60 Prozent des weltweit kommerziell gehandelten Saatguts und der Pestizide. Andererseits zeigt kaum ein Sektor derart schockierend die Auswirkungen von Armut und Ausbeutung auf: Zwei Milliarden Menschen sind weltweit mangel- und fehlernährt, das ist mehr als jede vierte Person. Die kapital- und ressourcenintensive, industrielle Landwirtschaft ist ein Haupttreiber der Klimakrise, zugleich sind es die von Regenfeldbau abhängigen Bäuerinnen und Bauern sowie die akkordarbeitenden Plantagenarbeiter*innen, die von den Folgen des Klimawandels besonders hart betroffen sind.

Das Leitbild der Ernährungssouveränität formuliert daher eine Alternative zum Agrarkapitalismus und nimmt eine zentrale Stellung in einer solidarischen Weltwirtschaftspolitik ein.

- Ernährungssouveränität setzt auf die (Re-)Lokalisierung von Ernährungssystemen. Dabei werden kurze Lieferketten angestrebt und es wird versucht, Erzeuger*innen und Verbraucher*innen geografisch und sozial näher zusammenzubringen. Gleichzeitig wird betont, dass Ernährungssouveränität sich keineswegs gegen internationalen Handel richtet, sondern subsidiär lokale und Binnenmärkte gegenüber dem Weltmarkt priorisiert.
- Ernährungssouveränität zielt auf eine lokale Kontrolle über natürliche Ressourcen ab. Vielfach geht sie beispielsweise mit Forderungen nach Landreformen oder nach der Stärkung lokaler Saatgutssysteme Hand in Hand.
- Ernährungssouveränität stärkt wissens- und kompetenzbasierte Produktionsformen und strebt eine Erzeugung im Einklang mit der Natur an. Vielfach setzen sich Ernährungssouveränitäts-Bewegungen für agrarökologische Produktionsformen ein.
- Ernährungssouveränität zielt grundsätzlich darauf ab, dass Erzeuger*innen und Verbraucher*innen über ihre Landwirtschaft und ihre Ernährung bestimmen können. Es geht um eine Demokratisierung des Ernährungssystems und um eine Repolitisierung der Agrarpolitik. Der Aufbau von Ernährungsräten wird von vielen als Mittel dafür propagiert.

Der transnationale Zusammenschluss von Bauernorganisationen zu La Via Campesina und die Verbreitung des Konzepts in den 1990er Jahren – zunächst insbesondere in Zentralamerika und in Südostasien – war die Ant-

32 Zu einer solidarischen Handelspolitik siehe Hopfmann, Arndt: Fair, gerecht, besser noch solidarisch handeln, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 6.3.2019, unter: www.rosalux.eu/en/article/1380.fair-gerecht-besser-noch-solidarisch-handeln.html.

33 Der folgende Abschnitt basiert auf Luig, Benjamin: Ernährungssouveränität, in: Brunner, Jan/Dobelmann, Anna/Prause, Lousia (Hrsg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte. Ein kritisches Handbuch, Bielefeld 2019.

wort auf eine im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmende Restrukturierung der Agrarproduktion und eine Marginalisierung der bäuerlichen Landwirtschaft. Die realen Preise für Grundnahrungsmittel fielen im 20. Jahrhundert mit kurzen Unterbrechungen stetig. Dies bekamen Kleinbäuerinnen und -bauern weltweit immer stärker zu spüren. Ihre realen Einkommen sanken dramatisch, oft deutlich unter ihre Reproduktionskosten, was Armut und Hunger im ländlichen Raum verschärfte.

Aus bäuerlicher Sicht stellen multilaterale und bilaterale Freihandelsabkommen nichts anderes dar als die Institutionalisierung der gewaltsamen Durchsetzung des Prinzips komparativer Kostenvorteile. Über den Weltmarktpreis werden «Landwirtschaften» weltweit miteinander verbunden, auf diese Weise zerstören sie die Mehrheit der bäuerlichen Existenzen. In ihrer Entstehungszeit, insbesondere vor dem Hintergrund der WTO-Gründung, stellte Ernährungssouveränität den Gegenentwurf zu einer neoliberalen Welthandelsordnung dar. «Souveränität» wurde im Sinne politischer Gestaltungsräume von Regierungen im globalen Süden zum Schutz lokaler Agrarmärkte definiert. Spätestens seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 wurde das Konzept weiterentwickelt. Ernährungssouveränität steht seitdem auch für die «Souveränität» lokaler Gemeinden, ihre lokalen Ressourcen gegen den Zugriff transnationaler Konzerne oder nationaler Regierungen zu verteidigen, das heißt, die Kontrolle etwa über Land, Saatgut und Wasser – und damit über die eigenen Produktionsmittel – zu behalten bzw. wiederzuerlangen.

Ernährungssouveränität ist ein breites, populäres Konzept – offen genug, um eine Vielzahl unterschiedlicher lokaler Kämpfe gegen die Privatisierung gemeinschaftlicher Ressourcen und gegen die Aktivitäten transnationaler Konzerne im Sinne eines neuen Internationalismus zu verbinden. Das Konzept ist außerdem identitätsstiftend und schlagkräftig genug, um breite Gruppen zu gemeinsamen, übergeordneten Aktionen zu mobilisieren. Bedingung dafür ist jedoch, die kleinbäuerliche Landwirtschaft nicht zu romantisieren. Die weitverbreitete Zuspitzung – die *people of the land* auf der einen und die transnationalen Konzerne auf der anderen Seite – ist zwar sinnvoll und mobilisiert. Doch viele Ernährungssouveränitäts-Aktivist*innen fassen die Gruppe der *people of the land* zu eng. Sie haben das idyllische Bild von Kleinbäuerinnen und -bauern im Kopf, die allein «die Welt ernähren» sicherstellen. Dabei ignorieren sie, dass es innerhalb der Landwirtschaft soziale Differenzierung entlang von Klasse gibt, wie in jedem anderen gesellschaftlichen Bereich auch. Die Anerkennung der Klassenstrukturen im ländlichen Raum ist jedoch Voraussetzung, um sich beispielsweise unterschiedlicher Marginalisierungen bewusst zu sein und damit progressive Bündnisse zu ermöglichen.

Im 21. Jahrhundert ist nur noch ein kleiner Teil der globalen kleinbäuerlichen Landwirtschaft durch einfache Reproduktion gekennzeichnet. Die Annahme, ein Großteil der kleinbäuerlichen Landwirtschaft stehe gewissermaßen außerhalb der kapitalistischen Ordnung, trifft nicht zu. Auch kleinbäuerliche Landwirtschaft ist immer in Märkte eingebunden – egal ob in Boden-, Arbeits-, Kredit- oder Warenmärkte. Viele kleinbäuerliche Haushalte erwirtschaften ihren Lebensunterhalt tatsächlich über eine prekäre Kombination aus Eigenproduktion und Zuverdienst über (meist temporäre) Lohnarbeit. Die vermeintlich klare analytische Grenze zwischen bäuerlichen Haushalten und (besitzlosen) Landarbeiter*innen existiert so nicht, vielfach sind Mischformen zwischen Lohnarbeit und kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu beobachten.³⁴

Zudem nimmt die Zahl der Menschen, die komplett von Lohnarbeit abhängig sind, in ländlichen Räumen vielfach zu. Was Oliver Pye in Bezug auf Südostasien beschreibt, ist weltweit gültig: «Die zahlenmäßige Bedeutung des Proletariats im *corporate food regime*, wie in den neuen Palmölandschaften, ist unbestreitbar. Millionen von ehemaligen Kleinbäuerinnen und -bauern oder Landlosen sind zu Lohnabhängigen auf den Palmölplantagen und in den Ölmühen geworden.»³⁵ Perspektiven der Ernährungssouveränität müssen in Zukunft viel stärker die Kämpfe gegen Ausbeutung von Landarbeiter*innen thematisieren und deutlich machen, wo sich verbindende Elemente zu den bäuerlichen Forderungen identifizieren lassen.

Im Hinblick auf die Ernährungssouveränität der Zukunft stellen sich viele Fragen, auf die Bewegungen weltweit Antworten finden müssen. Wichtige Fragen sind:

- Wie kann Ernährungssouveränität mit breiteren Konzepten einer sozial-ökologischen Transformation, beispielsweise einem Green New Deal, zusammengedacht werden? Was sind die verbindenden Elemente?
- Welche Rolle kann eine linke Politik dabei spielen, lokale Ernährungssysteme zu stärken?
- Wie sehen praktikable emanzipatorische Politikansätze aus, um die Agrarwende voranzubringen und gleichzeitig bäuerliche Erzeuger*innen wie auch Arbeiter*innen entlang der gesamten Lieferkette zu schützen? Wie und mit welchen Instrumenten können beispielsweise bäuerliche Saatgutssysteme gestärkt oder Menschen- und Arbeitsrechte umgesetzt werden?
- Welche Investitionen und (digitalen) Innovationen können agrarökologische Produktionsformen und kollektive Formen von Landwirtschaft stärken? Wo liegen Risiken?

34 Bernstein, Henry: *Class Dynamics of Agrarian Change*, Halifax 2010.

35 Pye, Oliver: Für einen *labour turn* der Umweltbewegung. Umkämpfte Naturverhältnisse und Strategien sozial-ökologischer Transformation, in: *Prokla* 189, 2017, S. 517–534, hier S. 528 f.

- Welche Rolle spielen genossenschaftliche Produktionsmodelle sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Nahrungsmittelverarbeitung und in der Verteilung von Nahrungsmitteln? Wie sähe hier ein gerechter Übergang, beispielsweise der klimaschädlichen Fleischindustrie, aus?

3.5 Kontrolle, Regulierung und Sozialisierung von transnationalen Konzernen

Nach vier Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung und der Niederlage des Sozialismus befindet sich die politische und ökonomische Macht transnationaler Konzerne aktuell auf einem historisch einmaligen Höhepunkt. Dabei ist sie mit der Staatsmacht eng verflochten. In der Welt der extremen sozialen Ungleichheit und des zunehmenden Autoritarismus sind die Konglomerate aus transnationalem Kapital, transnationalen Konzernen und Staatsapparaten der Ausdruck eines in der Geschichte unbekanntes Systems von Machtkonzentration. Es wird repräsentiert durch Personen, die politische und wirtschaftliche Macht vereinen, wie Donald Trump und Micheal Bloomberg in den USA oder Friedrich Merz in Deutschland.

Für eine radikale sozial-ökologische Wende, wie sie in den Diskussionen über einen transformativen und sozialistischen Green New Deal vertreten wird, sind die öffentliche Kontrolle und Regulierung von transnationalen Konzernen eine notwendige Voraussetzung. In der Perspektive einer sozialistischen Transformationspolitik geht es um die Eigentumsfrage und eine Sozialisierung dieser Konzerne. Aber auch die zunehmenden Initiativen für eine Regulierung als Weg dorthin (bspw. durch eine Repolitisierung des Wettbewerbsrechts, durch den Abbau von Subventionen für Konzerne oder durch die Definition von unlauteren Handelspraktiken marktmächtiger Konzerne entlang der Lieferkette) sollte die Linke unterstützen. Ansatzpunkte dafür gibt es in vielfältigen Kampagnen und politischen Prozessen. Zentral sind die lokalen Kämpfe gegen die extraktivistische Politik der transnationalen Konzerne im Bereich des Bergbaus, der Öl- und Gasförderung und Energiegewinnung. Von großer Bedeutung sind sowohl gewerkschaftliche Organisation und Arbeitskämpfe entlang der Produktions- und Lieferketten als auch die Kampagnen gegen politische Einflussnahme der transnationalen Konzerne.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist der Versuch von linken Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften, ein verbindliches zwischenstaatliches Abkommen über die Regulierung der Geschäftstätigkeit von transnationalen Konzernen zu schaffen. Auf Initiative von Ecuador und Südafrika schuf der UN-Menschenrechtsrat (UN Human Rights Council, UNHRC) in Genf 2014 eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe und beauftragte diese mit der Ausarbeitung eines verbindlichen internationalen Abkommens über transnationale Unternehmen und Menschenrechte. Trotz der Obstruktion durch Länder wie die USA und die Bundesrepublik Deutschland wurde im Juni 2019 ein erster Entwurf eines solchen «UN-Treaty» vorgelegt. Statt Investitionsschutz soll darin die Einhaltung von Menschenrechten, Arbeitsrechten und ökologischen Standards verankert werden. Die Bewegung für einen solchen Vertrag hat das Potenzial, unterschiedliche linke Akteure auf verschiedenen Ebenen zusammenzubringen und konkrete Ansatzpunkte für eine Politik der globalen Solidarität zu schaffen. Der UN-Treaty ist vor allem auch deshalb von Bedeutung, weil er den Diskurs um soziale und ökologische Nachhaltigkeit entlang von Lieferketten grundlegend verschoben hat: von einer neoliberalen Governance durch die Konzerne selbst, die über freiwillige Verhaltenskodizes ihren Zulieferern das «Wie» der Produktion vorschreiben und mit bunten Nachhaltigkeitssiegeln den Konsument*innen faire Verhältnisse vorgaukeln, hin zu staatlicher Regulierung, die die transnationalen Konzerne zu einer Bringschuld zwingen.

In der Bundesrepublik Deutschland fordert ein Bündnis aus NGOs, Gewerkschaften und Kirchen ein Lieferkettengesetz, das sich an den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen orientiert und die Geschäftstätigkeit transnationaler Konzerne mit Sitz in Deutschland reguliert. Die Initiative Lieferkettengesetz fordert von der Bundesregierung, die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich festzuschreiben und an die Missachtung klare Konsequenzen zu knüpfen.³⁶ Bei allen Defiziten solcher Initiativen sind sie ein wichtiger Baustein globaler Solidarität.

3.6 Kämpfe um globale soziale Rechte und Arbeitsrechte

Die Idee der «globalen Solidarität» erfährt eine Konkretisierung durch das Konzept der globalen sozialen Rechte.³⁷ Ausgangspunkt ist die Ausweitung der Diskurse um politische Freiheits- und Persönlichkeitsrechte auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte als integrale Bestandteile der Menschenrechte. Bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (1948) werden einige soziale Grundrechte genannt. Im Kontext der Blockkonfrontation des «Kalten Krieges» und der Dekolonisierungsbewegungen wurden die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte) weiter ausformuliert. 1966 wurde neben dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt) auch der bereits erwähnte UN-Sozialpakt von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Im UN-Sozialpakt sind weitgehen-

³⁶ Vgl. die Webseite zur Initiative Lieferkettengesetz unter: <https://lieferkettengesetz.de/>.

³⁷ Vgl. einführend Fischer-Lescano, Andreas/Möller, Kolja: Der Kampf um globale soziale Rechte. Zart wäre das Größte, Berlin 2012.

de soziale Rechte formuliert. Dazu zählen das Recht auf Selbstbestimmung (Art. 1), die Gleichberechtigung von Mann und Frau (Art. 3), Recht auf Arbeit und angemessene Entlohnung (Art. 6/7), Recht auf Gründung von Gewerkschaften (Art. 8), das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 9), der Schutz von Familien, Schwangeren, Müttern und Kindern (Art. 10), das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich angemessener Nahrung, Bekleidung und Wohnung (Art. 11), das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit (Art. 12), das Recht auf Bildung (Art. 13) und das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben (Art. 15).

Auch in anderen völkerrechtlichen Dokumenten wurden soziale Menschenrechte ausformuliert. Dazu zählen das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung (1965), die UN-Frauenrechtskonvention (1979), die UN-Konvention über die Rechte des Kindes (1989), die UN-Wanderarbeiterkonvention (2003) oder die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2008). Nach einem 17 Jahre langen Verhandlungsprozess verabschiedete die UN-Generalversammlung 2018 auch die «Erklärung über die Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten». Große Bedeutung für die Ausweitung sozialer Menschenrechte haben auch die Kämpfe indigener Gruppen um ihre Rechte.

Im Feld der Arbeitsrechte hat die 1948 gegründete Internationale Arbeiterorganisation (Labour Organization, ILO) mit acht Übereinkommen eine Reihe von fundamentalen Rechten definiert. In diesen «ILO-Kernarbeitsnormen» geht es um das gewerkschaftliche Vereinigungsrecht, das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Abschaffung der Zwangsarbeit, die Gleichheit des Entgeltes, das Diskriminierungsverbot in Beschäftigung und Beruf und die Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit.

Die durch die Vereinten Nationen und andere supranationale Organisationen wie den Europarat (Europäische Sozialcharta) definierten sozialen Menschenrechte und globalen Arbeitsrechte bilden einen relativ weit ausformulierten normativen Rahmen, auf den sich eine Politik der globalen Solidarität beziehen kann. Die Herausforderung besteht vor allem darin, Mechanismen zur verbindlichen Umsetzung dieser Rechte zu schaffen. Dies kann nur über den Druck lokaler und nationalstaatsbasierter Kampagnen und Umsetzungspolitiken erfolgen.

Der Kampf um die Neuschaffung, Ausweitung und Vertiefung der globalen sozialen Menschenrechte kann als Orientierungspunkt für Kampagnen und Organisationsprozesse dienen, die in ihren Forderungen oft über die UN-Standards hinausgehen. In diesen Kämpfen können sich lokale Akteure vernetzen. Ein Beispiel dafür waren die Kampagnen von La Via Campesina und anderen Organisationen und Netzwerken für die oben erwähnte «Erklärung über die Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten». Ein anderes Beispiel ist die Kampagne für die UN-Konvention für Hausangestellte, die auf nationalstaatlicher und lokaler Ebene viele Organisationsprozesse ermöglicht hat.

Die bereits definierten sozialen Rechte können gleichzeitig als Legitimitätsgrundlage und strategischer Ansatzpunkt für die Entwicklung transnationaler Organisationsprozesse dienen. Dies zeigen die Kampagnen internationaler Gewerkschaftsverbände wie IndustriALL und UNI Global Union für die Durchsetzung der Globalen Rahmenvereinbarungen mit transnationalen Konzernen. Die Globalen Rahmenvereinbarungen sehen die Implementierung von Mindeststandards von Arbeitsrechten auf der Grundlage der ILO-Kernarbeitsnormen vor. Sie können die Möglichkeit für transnationale Organisationsprozesse entlang der Produktions- und Wertschöpfungsketten schaffen und damit gewerkschaftliche Durchsetzungsstrategien stärken. Letztlich hängen Erfolge bei der Einführung von Arbeitsrechten immer von der Organisationsmacht der Gewerkschaften ab.

Gleichzeitig eröffnet der Kampf um die Ausweitung globaler sozialer Rechte auch die Chance, auf nationalstaatliche legislative oder sogar konstitutionelle Prozesse Einfluss zu nehmen. Das zeigt sich beispielsweise beim Versuch, soziale Grundrechte wie das Recht auf Wohnen in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Die verfassungsgebenden Prozesse der Linksregierungen in Ecuador, Bolivien und Venezuela im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts stellten die umfangreiche Absicht dar, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte in den Verfassungsrang zu heben.

Die Kämpfe um globale soziale Rechte haben ein großes strategisches Potenzial. Sie können lokale und nationalstaatliche Kämpfe mit globalen Prozessen verbinden. Sie können zur Transnationalisierung sozialer Bewegungen beitragen. Und sie können eine strategische Verbindung von außerparlamentarischen sozialen Bewegungen mit linken Parteien im Parlament schaffen.

3.7 Transnationale feministische Bewegung

Ein feministischer Anspruch lässt sich nicht auf ein einzelnes Handlungsfeld begrenzen, sondern muss konstitutiver Bestandteil aller Überlegungen hin zu einem neuen Internationalismus sein. Das Wissen um die Verschränkung von Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen (etwa entlang der Achsen Geschlecht, Sexualität, Herkunft, Hautfarbe, Klasse) ist grundlegend für alle analytischen und strategischen Überlegungen für die notwendige sozial-ökologische Transformation. Die Kritik von Feministinnen aus dem globalen Süden, die den Zusammenhang zwischen Extraktivismus, Gewalt gegen Frauen und extremer Arbeitsausbeutung

von Frauenkörpern immer wieder betonen, muss ebenso aufgenommen werden wie die Zurückweisung von Überbevölkerungsdebatten auf Kosten der reproduktiven Gerechtigkeit für marginalisierte Frauen. Dafür muss Frauen tatsächlich – und nicht nur formal – ermöglicht werden, sich an partizipativen demokratischen Prozessen ebenso gleichberechtigt zu beteiligen und Entscheidungspositionen und Arbeitsplätze im sozial-ökologischen Umbau von Industrie und Infrastruktur mitzugestalten. Dazu gehören unter anderem die soziale und ökonomische Absicherung sowie die Umverteilung der noch immer größtenteils von Frauen erledigten Sorgtätigkeiten für Angehörige und Gemeinschaften. In der heutigen Wirtschaftsordnung werden Finanz- und Wirtschaftskrisen meist politisch mit Einsparungen, Privatisierungen oder dem Nichtbereitstellen von öffentlichen Ressourcen für Sorgearbeit beantwortet, weil diese kaum oder keinen Profit erwirtschaftet und seit jeher schlecht oder nicht entlohnt von Frauen aufgefangen wird. Das hat auch dazu geführt, dass Lücken in der Daseinsvorsorge von – meist weiblichen und migrantischen – Hausarbeiterinnen und Pflegekräften unter prekären Bedingungen gefüllt werden und globale Sorgketten entstanden sind.

Eine Umkehrung dieser Effekte muss also auch an dieser Stellschraube ansetzen: Solidarische Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, wie sie oben beschrieben sind, sowie demokratisch kontrollierte Finanzmärkte bilden eine Grundvoraussetzung für eine (feministische) Ökonomie, die sich an menschlichen Bedürfnissen und der Sorge füreinander orientiert, die ökologische Ressourcen bewahrt und in der auch die Warenproduktion diesen Zielen dient. Eine Ökonomie also, die nicht nur bezahlte Tätigkeiten berücksichtigt. Es ist deshalb nicht zuletzt eine feministische Forderung, dass der Abbau bestimmter Wirtschaftszweige im Zuge eines transformativen Green New Deal mit dem Ausbau und der solidarischen Gestaltung von sozialer Infrastruktur einhergehen muss. Das beinhaltet nicht nur den Zugang zu Dienstleistungen für marginalisierte Gruppen, sondern auch gute und diskriminierungsfreie Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in der Sorgearbeit. Konkrete Ansatzpunkte in diesem Feld sind die transnationalen gewerkschaftlichen Vernetzungen entlang global agierender Gesundheitskonzerne oder Organisationsprozesse um die ILO-Konvention 189 über Hausarbeit und über sie hinaus.

Auf globaler Ebene untrennbar mit dem Anspruch einer Dekolonisierung verbunden, geht es aber um einen sehr viel umfangreicheren Prozess der Überwindung hierarchischer Geschlechterverhältnisse in allen politischen, rechtlichen, ideologischen und kulturellen Bereichen, die die soziale und wirtschaftliche Abwertung von Frauen unterstützen. Diese große Aufgabe wird derzeit von einer wachsenden transnationalen feministischen Bewegung angegangen. Insbesondere durch das Instrument des feministischen Streiks – zu dem im Jahr 2020 in über 50 Ländern aufgerufen wurde – entwickelt sich nicht nur eine bessere Vernetzung von regionalen Bewegungen, sondern auch ein Zusammenschluss verschiedener konkreter Auseinandersetzungen mit einem gemeinsamen Framing.

Eine Herausforderung für einen neuen Internationalismus liegt darin, dass zumindest zum Teil die Spaltungen der Weltgemeinschaft reproduziert werden, weil internationale Treffen und Aktivitäten von westlichen Geldgebern abhängig sind oder auf den von diesen geschaffenen Kontakten beruhen. Und das, obwohl die Impulse für die feministischen Bewegungen derzeit von Ländern des globalen Südens und den peripheren Staaten Europas ausgehen. Bewegungen in den ökonomischen Zentren des globalen Nordens sollten sie dafür nutzen, um in ihren Ländern direkten Druck auf die Nutznießer einer hierarchischen Weltordnung auszuüben. Dafür müssen – wie oben beschrieben – vermittelbare Forderungen gefunden werden, die von breiten Wählerschichten mitgetragen werden.

Dennoch, durch die sich verstärkenden Wechselwirkung zwischen regionalen und internationalen Prozessen sowie zwischen konkreten Auseinandersetzungen und grundlegender Gesellschaftskritik strahlen die feministischen Bewegungen derzeit auf verschiedene Handlungsfelder aus. Um sicherzustellen, dass feministische Forderungen nicht hinter dem Anspruch eines Querschnittsthemas verschwinden, liegt eine strategische Aufgabe darin, diese feministische Internationale im Werden in ihrer Organisation zu stärken und ihre Anstöße aufzunehmen.

3.8 Rechte von Migrant*innen und solidarische Städte³⁸

Angesichts wachsender globaler Ungleichheiten, von Klimakrisen und Kriegen ist das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit ein weiteres strategisches Handlungsfeld eines neuen Internationalismus der globalen Solidarität. Hier entstehen mit den wachsenden Bewegungen der Städte der Zuflucht (Sanctuary Cities) in Nordamerika und der Städte der Solidarität (Solidarity Cities) in Europa konkrete Orte – der städtische Raum – für die Umsetzung globaler sozialer Rechte.³⁹

38 Der folgende Abschnitt basiert auf dem Artikel «Migration und globale Solidarität in der Stadt» (2020) von Stefanie Kron, Wenke Christophh und Henrik Lebuhn, zu finden unter: www.rosalux.de/news/id/41606/migration-und-globale-solidaritaet-in-der-stadt/.

39 Vgl. ausführlich: Wenke, Christoph/Kron, Stefanie (Hrsg.): Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship, Berlin 2019, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_SolidarischeStaedte_2teAufl_web.pdf.

Während die Staatschefs der EU-Mitgliedsländer und der USA migrationspolitische Restriktionen vorantreiben, ihre Grenzen weiter abschotten und dabei den Tod Tausender Hilfesuchender auf den Fluchtrouten in Kauf nehmen, erklären seit den 1990er Jahren immer mehr Stadtregierungen, städtische Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Bewegungen in Nordamerika und Europa ihre Städte zu Sanctuary Cities oder Solidarity Cities. Sie bemühen sich um eine inklusivere Einwanderungspolitik, den Schutz vor Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerber*innen und undokumentierten Migrant*innen, um die Verbesserung der Aufenthaltssicherheit von Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus und die Ausweitung von sozialen wie politischen Rechten für alle Stadtbewohner*innen ohne entsprechende Staatsbürgerschaft, aber oft auch um eine Demokratisierung des städtischen Lebens allgemein.

In Europa zeigen solidarische Städte die wachsende Bedeutung stadtpolitischer Bündnisse im Kampf gegen den europaweiten Rechtsruck und die Verschärfung der europäischen Grenz- und Migrationspolitik. Denn nicht nur die Abschottungspolitik im Mittelmeer, die Frage der nationalen Staatsangehörigkeit und des ausländischerrechtlichen Aufenthaltsstatus, sondern auch die Politik der Städte und Kommunen spielen für die Lebensbedingungen von Migrant*innen in der EU eine wichtige Rolle. Für die Entwicklung einer linken Strategie auf dem Feld der Migrationspolitik ist es daher zentral, sich mit den unterschiedlichen Städtenetzwerken kritisch auseinanderzusetzen. Vor allem geht es dabei um die Frage, wie sich lokalpolitische Maßnahmen entwickeln lassen, mit denen sich nationale und europäische Migrationskontrollen und Ausschlussmechanismen zumindest auf der kommunalen Ebene umgehen oder sogar außer Kraft setzen lassen.

Was zunächst aussieht, als handele es sich um zwei voneinander getrennte Themen – EU-Grenzpolitik und soziale Rechte in der Stadt –, stellt sich bei genauerem Hinsehen als zusammengehörig heraus. Indem solidarische Städte mit neuen Ideen experimentieren, den Zugang zu Rechten und Ressourcen von Nationalität und Staatsbürgerschaft zu entkoppeln, zum Beispiel durch kommunale Ausweise,⁴⁰ stärken sie zumindest implizit auch die Kämpfe für offene Grenzen. Denn obgleich für eine wachsende Zahl von Menschen die Voraussetzung für den Zugang zu sozialen Rechten gegeben ist, ist das von promigrantischen Initiativen und Geflüchtetenbewegungen eingeforderte Recht auf (globale) Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit bislang keines der katalogisierten sozialen Rechte im engeren Sinne. Die sogenannte Freizügigkeit, das heißt die freie Wahl des Aufenthaltsorts, gehört dem Charakter nach eher zu den individuellen Freiheitsrechten und damit zu den bürgerlichen Rechten. Der Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gibt jedem Menschen das Recht, «sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen sowie jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren». Die Menschenrechtscharta erkennt also ein Auswanderungsrecht an, nicht aber ein Einwanderungsrecht.

Diese rechtliche Lücke wird in der (akademischen) Linken kontrovers diskutiert. Autor*innen, die versuchen, eine globale Perspektive in der Ungleichheitsforschung oder der politischen Philosophie starkzumachen, sehen im ungeteilten Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Zugang zu vielen weiteren (sozialen) Rechten und damit für das Ziel globaler sozialer Gerechtigkeit. So schreibt der Politikwissenschaftler Joseph Carens, dass die Staatsbürgerschaft in einem wohlhabenden Land angesichts bestehender Mobilitätsschranken für die Mehrheit der Menschen in der Welt mit einem feudalen Privileg vergleichbar sei, da sie Lebenschancen massiv ungleich verteile. Wer das Bekenntnis zur individuellen Freiheit ernst nehme, komme nicht umhin, ein allgemeines Recht auf internationale Bewegungsfreiheit zu akzeptieren.⁴¹

Die in der nördlichen Hemisphäre insbesondere von der EU und den USA betriebene «Politik mit dem Visum» und dem damit verbundenen ungleichen Zugang zur globalen Mobilität (*global mobility divide*) bezeichnet der Soziologe Stephan Lessenich sogar als einen grundlegenden Eckpfeiler der «Externalisierungsgesellschaften». ⁴² Denn so würden die «imperiale Lebensweise» und die Privilegien im globalen Norden zu Lasten und auf Kosten der Menschen im globalen Süden aufrechterhalten: «Mobilitätschancen sind hier eine monopolisierte Ressource, die man selbst in Anspruch nimmt, anderen hingegen verwehrt. Physische Bewegungsregulation – die einen sind mobil, die anderen werden demobilisiert – ist ein wesentliches Element westlichen Lebensstils.»⁴³

Die Bewegungen und Netzwerke für eine solidarische Stadt erkennen das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für alle dagegen faktisch an und versuchen, globale soziale Rechte im lokalen politi-

40 So hat beispielsweise New York unter dem Bürgermeister Bill de Blasio 2014 die New York City Identification Card (IDNYC) eingeführt. Wer einen Wohnsitz in New York nachweisen kann, erhält unabhängig von der Staatsbürgerschaft oder dem Aufenthaltsstatus die IDNYC. Obdachlose können eine Hilfsorganisation als Adresse angeben. Der Ausweis berechtigt zum Abschluss eines Mietvertrags, Schulbesuch, zur Mitgliedschaft in Bibliotheken, Kontoeröffnung etc. Dadurch wurde die Lebenssituation von Hunderttausenden Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus deutlich verbessert. Vgl. Leuhn, Henrik: «Ich bin New York». Bilanz des kommunalen Personalausweises in New York City, in: LuXemburg 3/2016, S. 114–119, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunaler-perso-new-york-city/.

41 Vgl. Carens, Joseph H.: Aliens and Citizens: The Case for Open Borders, in: The Review of Politics 2/1987, S. 251–273.

42 Vgl. Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2017, S. 137.

43 Ebd.

schen Raum umzusetzen. Besonders deutlich wird dies in der «Charta von Palermo», die Palermos Bürgermeister Leoluca Orlando 2015 ausformulierte und auf die sich viele solidarische Städte in Europa seither beziehen. Explizit fordert Orlando darin die Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigung, die Verknüpfung bürgerlicher Rechte mit dem Wohnort sowie die bedingungslose Gewährleistung des (Menschen-)Rechts auf globale Bewegung- und Niederlassungsfreiheit.⁴⁴

Solche Politiken der Stadtbürgerschaft werden in der angloamerikanischen Debatte unter dem Begriff Urban Citizenship geführt. Es wird von städtischen oder regionalen Formen von Bürgerschaft gesprochen, wenn lokalpolitische Instrumente eingeführt werden, die soziale Teilhabe nicht nur für Staatsbürger*innen gewährleisten oder ausdehnen, sondern auch Stadtbewohner*innen integrieren, die keinen formalen Bürgerstatus besitzen bzw. diesen aufgrund ihrer marginalisierten sozialen Position nicht zur Geltung bringen können.⁴⁵ Durch das Konzept Urban Citizenship wird es möglich – anders als in der Debatte im deutschsprachigen Raum –, das Thema Migration nicht über Diskurse kultureller Differenz wie das Integrationsdispositiv, ethnische Zuschreibungen oder die angebliche Herausbildung von Parallelgesellschaften zu betrachten. Stattdessen geht es um das Spannungsfeld zwischen Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft einerseits und den damit einhergehenden Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe andererseits. Dies wiederum betrifft nicht nur Migrant*innen, auch wenn diese vielfach aus der (formalen) Staatsbürgerschaft ausgeschlossen sind, sondern alle Menschen, die im Zuge von Neoliberalisierungsprozessen ins gesellschaftliche Abseits gedrängt und de facto in ihren sozialen wie bürgerlichen Rechten beschnitten werden.

Stadtbürgerschaft erschöpft sich also nicht darin, Abschiebungen zu verhindern. Vielmehr geht es darum, soziale Rechte und gesellschaftliche Teilhabe in ihren unterschiedlichen Dimensionen zu stärken: Das betrifft die sozialen Rechte auf Gesundheit, Bildung, Wohnraum, Arbeit, aber auch kulturelle und genderspezifische Rechte. Entgegen dem oftmals geäußerten Vorbehalt, grundlegende Änderungen ließen sich in diesen Bereichen nur auf nationalstaatlicher Ebene erreichen, gibt es durchaus auch auf landes- und kommunalpolitischer Ebene Handlungsspielräume – zumindest wenn Aktivist*innen, Lokalpolitiker*innen und Verwaltungen am gleichen Strang ziehen.

Beispielhaft lässt sich dies auf dem Feld der Gesundheitspolitik zeigen. Obwohl kaum ein Bereich so streng reguliert wird wie der Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem, ist es inzwischen in mehreren Bundesländern gelungen, die medizinische Versorgung von Menschen ohne Zugang zu den gesetzlichen Krankenkassen über alternative öffentliche Programme zu ermöglichen. Das wiederum kommt nicht nur Migrant*innen ohne regulären Aufenthaltsstatus zugute, sondern auch vielen anderen Menschen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung aus der Regelversorgung gedrängt worden sind. In Berlin wurde Mitte 2019 die ärztliche Behandlung mit einem anonymen Krankenschein ermöglicht. Den Krankenschein selbst erhalten die Betroffenen über eine nicht staatliche Beratungsstelle, ohne dabei ihre Identität oder ihren rechtlichen Status angeben zu müssen.⁴⁶ Solche Programme sind zwar alles andere als perfekt, aber sie stehen für die Einsicht, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, das Recht auf Gesundheit für alle Menschen zu gewährleisten und öffentlich zu finanzieren. Ein Problem solidarischer Städte ist allerdings, dass kommunale Regelungen etwa zur Gesundheitsversorgung aufgrund ihrer lokalen Reichweite keinen Zugang zu sozialen Sicherheitssystemen gewähren, die meist auf Bundesebene angesiedelt sind. Daher sind Solidarity Cities und Politiken der Stadtbürgerschaft zwar ein wichtiger, aber doch nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bewegungen und Bündnisse der Solidarity Cities und der Sanctuary Cities in Europa und Nordamerika politisch sehr heterogen sind, unterschiedliche Interessen verfolgen und diverse Erwartungen anderer politischer Akteure wecken. Es lassen sich vier Dimensionen der kommunalen migrationspolitischen Intervention unterscheiden: Hierzu gehört *erstens* der Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung und Abschiebung irregulärer Migrant*innen und abgelehnter Asylbewerber*innen. Dies ist das gemeinsame Kennzeichen der inzwischen auf 560 Städte, Bezirke und Bundesstaaten angewachsenen US-amerikanischen und kanadischen Sanctuary-City-Bewegung. Die *zweite* Dimension ist jene der menschenrechtlichen Intervention. Der Initiative Seebrücke und den Bürgermeister*innen europäischer Städte wie Berlin, Köln, Düsseldorf, Bonn, Barcelona, Palermo und Neapel, die im Sommer 2018 öffentlich ihre Bereitschaft äußerten, Bootsflüchtlinge direkt in ihren Städten aufzunehmen, geht es vor allem um eine menschenrechtliche Intervention in die humanitäre Krise des europäischen Grenz- und Asylregimes. *Drittens* sind die Politiken der Stadtbürgerschaft zu nennen. Mittels innovativer Experimente zur Stärkung von Urban Citizenship, wie zum Beispiel

44 Orlando, Leoluca: Internationale Freizügigkeit von Menschen. Charta von Palermo, 2015, unter: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/12/PDF-CARTA-DI-PALERMO-GER.pdf.

45 In den jüngeren Beiträgen zu dieser Debatte wird Citizenship bzw. Bürgerschaft dabei nicht nur als Status verstanden, den Menschen entweder besitzen oder eben nicht. Stattdessen wird auch auf die politischen und sozialen Kämpfe fokussiert, durch die Anerkennung, Rechte und der Zugang zu Ressourcen überhaupt erst erstritten werden. Engin Isin und Greg Nielsen haben, vor allem mit Blick auf die Situation von Migrant*innen und Geflüchteten, für diese Kämpfe um Rechte den Begriff «acts of citizenship» geprägt. Vgl. Isin, Engin/Nielsen, Greg: Acts of Citizenship, London 2008.

46 Vgl. Medibüro Berlin: Hintergrund anonymer Krankenschein, Dezember 2018, unter: <https://medibuero.de/anonymer-krankenschein/>.

kommunale Ausweise in New York, San Francisco, Barcelona und Zürich sowie die anonyme Gesundheitskarte in Berlin, versuchen Stadtregierungen, globale soziale Rechte auf der kommunalen Ebene umzusetzen und damit vom Aufenthaltsstatus und von der Nationalität der Stadtbewohner*innen zu entkoppeln. Die vierte Dimension schließlich ist das «Recht auf Stadt». So geht es dem aktivistischen Solidariy-City-Netzwerk um eine grundlegende Demokratisierung des städtischen Lebens. Es handelt sich um eine soziale Bewegung, die für eine solidarischere, sozial gerechtere und partizipativere Stadt für alle kämpft. Während also neoliberale Akteure wie das Weltwirtschaftsforum städtische Politiken der Inklusion und Diversity als Motoren für ökonomische Entwicklung hervorheben, sehen bewegungslinke Akteure in den solidarischen Städten einen «Raum für progressive Politiken in Europa».⁴⁷

Bei aller Unterschiedlichkeit artikulieren die Bündnisse und Netzwerke solidarischer Städte und Sanctuary Cities einen gemeinsamen tiefen politischen Dissens mit den im wachsenden Maße restriktiven und exklusiven Migrationspolitiken auf der nationalen und regionalen Ebene. Darin liegen ihre politische Relevanz und ihre potenzielle Stärke. Doch stoßen sie dabei eben auch an Grenzen. So kann es langfristig nicht das Ziel sein, die Frage der sozialen Rechte auf die kommunale Ebene zu verlegen und damit einen regulatorischen Flickenteppich zu produzieren. Die kommunale Anerkennung des Rechts auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit hat zwar einen starken appellativen Charakter, wird aber für die meisten Flüchtlinge kaum positive Auswirkungen haben, solange nationale und regionale Regierungen – wie im Fall der Seenotrettungsblockade im Mittelmeer – demonstrativ weiter ihre Abschottungspolitik betreiben.

Damit globale Bewegungsfreiheit in den Katalog der verbrieften Menschenrechte gelangen kann und globale soziale Rechte über einzelne urbane Räume hinaus umgesetzt werden können, sind neue oder verstärkte Bündnispolitiken, beispielsweise mit der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft, mit aufgeschlossenen Verwaltungen und progressiven Politiker*innen auf den nationalen und regionalen Ebenen notwendig. Eine wachsende Zahl von Politiker*innen und Aktivist*innen der stadtpolitischen Bündnisse weiß inzwischen, dass Kämpfe der Migration und Politiken der Stadtbürgerschaft keine Partikularinteressen bedienen, sondern gerade das gemeinsame Interesse (vermeintlich) unterschiedlicher Gruppen betonen: soziale Gerechtigkeit. Gerade mit der Verknüpfung der Forderung nach dem Recht auf Bewegungsfreiheit und den globalen sozialen Rechten in der Stadt eröffnet sich die Möglichkeit, den neoliberalen und rechtsextremen globalen Eliten eine solidarische Antwort entgegenzusetzen.

4 SCHAFFEN WIR ZWEI, DREI, VIELE NEUE INTERNATIONALEN: STÄRKUNG DER TRANSNATIONALEN ORGANISIERUNG DER LINKEN

Mit der historischen Niederlage der sozialistischen Staaten 1989 haben sich die globalen Kontextbedingungen für linke Akteure unterschiedlicher politischer Identität und ideologischer Ausrichtung fundamental verändert. Die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus hat die Linke und soziale Bewegungen in die Defensive gedrängt. Auch die noch verbliebenen sozialistischen Staaten wie Kuba, Vietnam und die Volksrepublik China mussten ihre Politik den neuen Rahmenbedingungen anpassen.⁴⁸ Die globale Schwäche der Linken lässt sich am enormen Wachstum globaler Ungleichheit und der rapiden Beschleunigung der ökologischen Zerstörung ablesen.

Gleichwohl ist es linken Akteuren seit 1989 in unterschiedlichen Kontexten immer wieder gelungen, an Stärke zu gewinnen. Mit dem Aufstand der Zapatistas im mexikanischen Bundesstaat Chiapas 1994 wurde eine Welle der Mobilisierung von sozialen Bewegungen und insbesondere der Indígena-Bewegung in Lateinamerika eingeleitet. Mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela (1999), Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei PT in Brasilien (2003), Evo Morales in Bolivien (2006) und der Formierung linker Regierungen in Ecuador (2007) und Argentinien (2007) entstanden Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre die Regierungsprojekte des «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» in Lateinamerika, die ihrerseits aber schon wieder Geschichte sind. In Europa entwickelten sich aus den Protesten gegen die Austeritätspolitik nach der Weltwirtschaftskrise von 2009 eine Reihe von neuen oder erneuerten linken Parteien, die ebenfalls Regierungen bilden oder sich an Regierungen beteiligen. In der Bundesrepublik Deutschland konnte sich zum ersten Mal nach dem Zwei-

⁴⁷ Vgl. Watch the med Alarmphone: From the Sea to the City!, 27.7.2018, unter: <https://alarmphone.org/en/2018/07/27/from-the-sea-to-the-city/>.

⁴⁸ Eine differenzierte Betrachtung der Entwicklungen in Kuba, Vietnam und der Volksrepublik China kann hier nicht erfolgen. In jedem Fall kann festgestellt werden, dass sich diese Länder mehr oder weniger stark in den Weltmarkt eingegliedert haben und Bestandteile globaler Wertschöpfungsketten sind. Gleichwohl haben sie noch eine relativ hohe Staatsquote an den Produktionsmitteln und verfolgen nationale integrierte Entwicklungsziele. Vor allem China hat trotz Autoritarismus und Eingliederung in den Weltmarkt auch enorme sozialpolitische Erfolge zu verzeichnen. Kuba spielt eine wichtige Rolle bei der Unterstützung linker Regierungsprojekte und linker Akteure in Lateinamerika.

ten Weltkrieg mit DIE LINKE eine Partei links der Sozialdemokratie etablieren. In den USA erreichten linke Demokrat*innen bedeutende Wahlerfolge und popularisierten die Ideen eines «Demokratischen Sozialismus» in einer breiten Öffentlichkeit. Mit der neuen feministischen Bewegung, der Klimagerechtigkeitsbewegung und den Demokratie- und sozialen Protestbewegungen vom Herbst 2019 sind in vielen Ländern von Chile über Libanon bis Irak gerade in jüngster Zeit starke mobilisierungsfähige Massenbewegungen entstanden.

Schematisch etwas vereinfacht lassen sich in den vergangenen 30 Jahren drei größere Wellen transnationaler linker Bewegungen feststellen. Vor dem Hintergrund des Aufbruchs der lateinamerikanischen Linken kam es in der zweiten Hälfte der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre zur Entwicklung einer globalen Gerechtigkeitsbewegung (oder Alter- bzw. Antiglobalisierungsbewegung). Ein Ausgangspunkt war 1996 das von den Zapatistas initiierte «Intergalaktische Treffen gegen den Neoliberalismus» in Chiapas. Es folgte das erste Weltsozialforum in Porto Alegre (2001) und der sich daraus entwickelnde Prozess transnationaler Vernetzung in verschiedenen Weltsozialforen bzw. kontinentalen und sektoralen Treffen. Die lateinamerikanischen Linkeregierungen begannen sich zu koordinieren. Mobilisierungshöhepunkte der globalen Gerechtigkeitsbewegung waren die WTO-Konferenz in Seattle 1999 («Battle of Seattle») und die Proteste gegen den G-8-Gipfel in Genua 2001. Die Gründung des Forums von São Paulo (bereits 1990) als Zusammenschluss der lateinamerikanischen Linksparteien und die Gründung der Partei der Europäischen Linken (EL) 2004 als Vereinigung europäischer Linksparteien waren Bestandteil dieses transnationalen Bewegungszyklus, der spätestens mit der Weltwirtschaftskrise 2009 endete.

Ein zweiter transnationaler Mobilisierungszyklus setzte 2010/11 ein. Es handelte sich zunächst um spontane Massenproteste gegen Austeritätspolitik infolge der Weltwirtschaftskrise. Er startete im Dezember 2010 mit einer Revolte in Tunesien, die als Ausgangspunkt für den Arabischen Frühling gilt, und breitete sich dann in Ägypten, Syrien und vielen anderen Ländern aus. In Südeuropa kam es vor allem in Griechenland und Spanien ab 2011 zu Massenmobilisierungen und Platzbesetzungen, die sich auch in Ländern in Südosteuropa (Slowenien 2013, Bosnien-Herzegowina 2014) und der Türkei (Gezi-Park-Proteste 2013) fortsetzten. In den USA war Occupy Wall Street Bestandteil dieses Protestzyklus gegen Austerität. Trotz transnationaler Bezüge im Framing und in den Mobilisierungsformen waren die Proteste meist auf nationalstaatliche politische Prozesse orientiert. Am 14. November 2012 organisierten kämpferische Gewerkschaften zwar einen ersten parallelen Streik bzw. Proteste in verschiedenen hauptsächlich südeuropäischen Ländern gegen die Austeritätspolitik der EU-Kommission. Es gelang aber nicht, eine dauerhafte europäische Mobilisierung gegen Austeritätspolitik aufrechtzuerhalten. Während die Proteste in den arabischen Ländern teilweise brutal niedergeschlagen wurden (Ägypten, Syrien) entstanden in einigen südeuropäischen Ländern (Syriza in Griechenland 2015–2019, Podemos in Spanien seit 2019, Bloco des Esquerda in Portugal seit 2015, Levica in Slowenien), in der Türkei (die Demokratische Partei der Völker, HDP) und in den USA (die Democratic Socialists of America, DSA) Akteure in Form neuer, erneuerter oder gestärkter politischer Parteien der Linken. Der Mobilisierungszyklus und die folgenden Regierungsbeteiligungen einiger linker Parteien endeten in Niederlagen oder Teilerfolgen.

Eine dritte internationale Protestwelle scheint Ende 2018 mit den Gelbwesten in Frankreich begonnen zu haben. 2019 setzte sie sich mit Massenprotesten in Sudan, Ecuador, Chile, Haiti, Libanon, Ägypten, Irak und anderen Ländern fort. In mancher Hinsicht muten einige dieser Mobilisierung wie eine Fortführung der Anti-austeritätsproteste von 2011 an. Wie damals entzündeten sich die Sozialproteste an lokalen Konflikten und Auseinandersetzungen wie beispielsweise Benzinpreiserhöhungen (Frankreich und Ecuador). Die Bewegungen stellten aber schnell auch transnationale Bezüge her und adressieren seither übergreifende Probleme wie Autoritarismus, Korruption und Klientelismus der politischen Eliten. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Bewegungen weiterentwickeln und ob sie sich institutionalisieren. Durch die Corona-Krise und die beginnende globale Rezession wurden völlig neue Kontextbedingungen geschaffen, die mit Sicherheit dramatische politische Reaktionen hervorrufen werden.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich eine Reihe von sektoralen transnationalen Bewegungen und Organisationen entwickelt, die wesentlich konsistenter und kontinuierlicher auftreten als die spontanen Protestbewegungen. In erster Linie sind hier die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit sowie die neue feministische transnationale Bewegung zu nennen. Wichtige transnationale Organisationsprozesse sind auch die Entwicklung handlungsfähiger Netzwerke von Kleinbauernorganisationen wie La Via Campesina und die Entwicklung globaler gewerkschaftlicher Dachverbände wie IndustriALL und UNI Global Union. Diese sektoralen Bewegungen und Organisationen verfügen teilweise über erhebliche Mobilisierungsfähigkeit und Hunderte von lokalen Mitgliedsorganisationen. Daneben existieren internationale Netzwerke wie Attac, die über umfangreiche Expertise zu den von ihnen behandelten Themen verfügen. Die sektoralen transnationalen Bewegungen sind mit einem großen Netz von lokalen oder internationalen NGOs verbunden. Der NGO-Sektor ist sehr heterogen. Kritisch zu betrachten ist die Tendenz zur Professionalisierung und politischen Einbindung aktivistischer Gruppen, die durch die Finanzierung von NGOs über internationale Donor-Strukturen erfolgt. Andererseits bieten viele NGOs aktivistischen Gruppen die Möglichkeit, sich jenseits von Protestzyklen dauerhaft zu engagieren.

Es bestehen also bereits zahlreiche Ansätze für eine transnationale Organisation der Linken. Die Frage ist, wie sie an politischer Mobilisierungskraft und Durchsetzungsvermögen gewinnen können. Auch hier scheint die Verbindung von Dezentralität mit transnationaler Vermittlung entscheidend zu sein. Ausgangspunkt der Förderung transnationaler Organisation der Linken ist in erster Linie die Stärkung von linken Akteuren auf lokaler und nationalstaatlicher Ebene, die sich auf eine Politik der globalen Solidarität orientieren und in entsprechenden Netzwerken agieren. Bündnisse funktionieren meistens dann, wenn sie von unterschiedlichen Gruppen mit jeweils eigener Mobilisierungskraft getragen werden, aber eine konkrete gemeinsame Stoßrichtung haben. Dies war in der Vergangenheit der Fall beispielsweise bei den historischen Solidaritätskampagnen gegen die Apartheid in Südafrika in den 1970er und 1980er Jahren, an denen Kirchen, Gewerkschaften, linke Akteure und sozialistische Staaten beteiligt waren, aber auch bei der Kampagne gegen TTIP (2013–2016), in der eine breite Koalition aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften, politischen Parteien und Regierungen zusammenwirkte.

Vor dem Hintergrund der bestehenden sehr heterogenen Akteurslandschaft scheint es nicht sinnvoll zu sein, die Gründung einer «5. Internationale» anzustreben, die den Anspruch hat, eine «Weltpartei» zu bilden. Die homogenisierende Forderung nach einer «Weltpartei» widerspricht dem politischen Anspruch nach Dezentralität, Selbstbestimmung und Partizipation, den die meisten sozialen Emanzipationsbewegungen artikulieren. In Anlehnung an Che Guevaras Diktum «Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam» könnte es heute vielmehr heißen: «Schaffen wir zwei, drei, viele Internationales». Dieser Ansatz könnte in der Entwicklung von vielen internationalen Organisationsprozessen entlang konkreter Probleme und Konflikte bestehen. Im Kampf für Klimagerechtigkeit, Feminismus, die Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und die Durchsetzung von Arbeitsrechten haben sich bereits zahlreiche handlungsfähige transnationale Netzwerke entwickelt, die es zu stärken und zu entwickeln gilt.

Gleichzeitig müsste aber über die sektoralen Grenzen hinweg an übergreifenden politischen Projekten wie einem transformativen und sozialistischen Green New Deal und der Stärkung von übergreifenden Netzwerken gearbeitet werden. Die Weltsozialforen mit ihrem Motto «Eine andere Welt ist möglich» waren ein solcher Ort umfassender Diskussion und Vernetzung. Es sollten politische Anstrengungen unternommen werden, um an diese Prozesse anzuknüpfen und neue Foren zu schaffen. Wichtig wäre dabei, die Trennung von sozialen Bewegungen und linken Parteien in eine kooperative Beziehung zu verwandeln. Zentral wäre außerdem, dass die Ownership internationaler Foren bei Akteuren liegt, die über eine reale politische Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit verfügen. Zu oft sind internationale Treffen das Spielfeld für Akteure und Einzelpersonen ohne reale Basis.

Die pluralen Internationales der globalen Solidarität könnten also als Netzwerke vieler Akteur*innen entstehen, die sich mit Respekt vor der Unterschiedlichkeit kooperativ und solidarisch aufeinander beziehen. Diese Räume der Kooperation und der Solidarität müssen aber geschaffen werden. Daher sind strategische Diskussionen genauso notwendig wie die konkreten Initiativen politischer Organisationen, diese Räume zu öffnen und mit politischen Inhalten zu füllen.